

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Petitzeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lamerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

Der Entscheidungskampf für Demokratie und Sozialismus.

Am 24. April alle Stimmen der Sozialdemokratie!

Der 24. April wird ein Krisentag erster Ordnung sein. In Preußen und einigen anderen deutschen Bundesstaaten werden am 24. April die Landesparlamente, in Hamburg wird am gleichen Tage die Bürgerchaft neu gewählt. Wir werden also einen Großkampf in politischer Beziehung zu bestehen haben, von dessen Ausgang für die deutsche Arbeiterchaft und für die deutsche Demokratie unendlich viel, wenn nicht alles, abhängt. Dieser „Kampf um Preußen“ gewinnt erhöhte Bedeutung durch den für den Faschismus so ungünstigen Ausgang der Reichspräsidentenwahl.

Wenn das Faschismus, das die unter der Führung der Nationalsozialisten vereinigte Reaktion nun weniger gefährlich geworden ist, weil sie bei der Reichspräsidentenwahl so empfindlich geschlagen wurde, wird niemand behaupten wollen. Im Gegenteil, die Reaktionäre und Faschisten werden ihre Anstrengungen verstärken, um auf dem Umweg über Preußen zur Macht zu gelangen. Der Nationalsozialist Wilhelm Kube schrieb am 2. Juli 1931 im „Tag“:

„Der Weg zur Macht in Deutschland geht auch heute noch allein über Preußen.“

Und Goebbels, der gerissenste und skrupelloste Agitator der Nazis, der erst vor einigen Tagen in Frankfurt a. M. erklärte, jeder Deserteur sei Sozialdemokrat, schrieb in seinem „Angriff“, dem Berliner Blatt der deutschen Faschisten, vom 8. April 1931:

„Da Preußen diese gesteigerte Machtposition heute besitzt, geht der Weg ins Dritte Reich über Preußen.“

Sie haben ganz recht, die beiden Naziführer. Nur vergessen sie, daß das demokratische Preußen nicht so leicht über sich wegmarschieren lassen wird. Und besonders die organisierte Arbeiterchaft wird sich dem nationalsozialistischen Ansturm entgegenstellen und ihn aufzuhalten verstehen, denn sie weiß:

Nationalsozialistische Herrschaft in Preußen bedeutet: völlige Rechtslosigkeit der Arbeiterchaft, Hungerlöhne und Zerschlagung des Tarifwesens wie der Sozialversicherung, Inflation, Ende aller Demokratie, Diktatur und Bürgerkrieg im Innern und Feindschaft und Krieg nach außen!

Die deutsche Arbeiterchaft kämpft unter der Führung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei

Wählt sozialdemokratisch!

Gegen jede weitere Lohnsenkung.

Tagung des Lohnpolitischen Ausschusses des ADGB.

Am 30. März 1932 trafen die lohnpolitischen Sachbearbeiter der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände zusammen, um zu der sich aus dem drohenden Ablauf der Tarifverträge Ende April ergebenden Situation Stellung zu nehmen. In der Aussprache zeigte sich, daß der Umfang der Vertragskündigungen durch die Arbeitgeber noch nicht klar zu übersehen ist. Immerhin lassen die bereits erfolgten Kündigungen erkennen, daß die Arbeitgeber erneut weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen versuchen. Demgegenüber wurde zum Ausdruck gebracht, daß schon die jetzigen gewaltig reduzierten Löhne ein Niveau geschaffen haben, das im stärksten

Mißverhältnis zu den geringen, durch die Preisabbauaktion erzielten Preisenkungen steht. Abereinstimmend wurde betont, daß damit diejenige „neue Situation“ gegeben sei, die der Reichskanzler bei dem allgemeinen Lohnabbau durch die Notverordnung als Ausgangspunkt für eine Revision der bisherigen amtlichen Lohnpolitik bezeichnet hat. Daß angesichts einer solchen Situation gar ein weiterer Lohnabbau in Betracht gezogen werden könnte, wurde allseitig mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne über den 30. April hinaus wurde allgemein als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber Regierung und Arbeitgebern zu stellen hätten.

Das Verbandsjahr 1931.

1. Mitgliederbewegung.

Alle gewerkschaftliche Arbeit, alles gewerkschaftliche Leben ist im entscheidenden Maße von der jeweiligen Wirtschaftslage abhängig. So stand auch das Gewerkschaftsleben des Jahres 1931 unter den drückenden Zeichen der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und der Notverordnungen. Der Niedergang der deutschen Wirtschaft fand kein Hindernis, die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten verminderten sich von Tag zu Tag. Die Unternehmer mußten auch im verflochtenen Jahre kein anderes Mittel, die Abwärtsbewegung im Wirtschaftsleben Deutschlands aufzuhalten, als das alte schon so oft aber nie mit Erfolg für den kranken Wirtschaftskörper versuchte Allheilmittel der „Senkung der Gesehungskosten“, also

des Lohnabbaues. Es gelang ihnen auch diesmal, die Reichsregierung für diese vollkommen falsche Theorie zu gewinnen und Lohnsenkungen und Verschlechterungen der sozialen Versicherungen durchzuführen. Aber der von den Unternehmern erhoffte Erfolg trat nicht ein, trotzdem die Reichsregierung mit ihrer Notverordnungs politik alles mögliche tat, um den Arbeitgebern beizustehen. Es zeigte sich im Gegenteil, wie recht die Gewerkschaften mit ihrem Widerstand gegen die Lohnabbautheorien der Arbeitgeber hatten und wie richtig sie die Folgen der fortgesetzten Einkommensminderung und Kaufkraftschwächung vorausgesehen hatten. Am Jahresanfang zählten wir in Deutschland 4 357 000 Arbeitslose, zum

Hindenburg bleibt Reichspräsident.

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Reichspräsidentenwahl erhielten Stimmen:

Hindenburg	19 359 642
Hitler	13 417 460
Thälmann	3 706 388

Schluß des Jahres, nach wiederholtem Lohnabbau und nach den Notverordnungen, waren es 5 665 000, von denen sicher noch Hunderttausende kommen, die nicht von der Statistik erfasst wurden.

Die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, die ungeklärten Reparationsfragen trugen natürlich auch viel dazu bei, daß sich das wirtschaftliche Leben in Deutschland nicht erholen konnte, und es zeigte sich im Jahre 1931 ganz besonders deutlich, wie stark die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern sind und daß von Katastrophen solchen Ausmaßes in einem Staat alle anderen mitberührt werden müssen. Schließlich waren die wirtschaftlichen Voraussetzungen in den privatkapitalistisch orientierten Staaten im allgemeinen überall die gleichen.

Der Verschärfung der Wirtschaftslage entspricht ein starkes Steigen der Arbeitslosigkeit auch in den Kreisen unserer Mitglieder. Die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder war im verflochtenen Jahre bedeutend höher als im Vorjahre. Zu Beginn des Jahres 1931 waren etwa 31,9 v. H. unserer Verbandsmitglieder arbeitslos (gegen 19,3 v. H. zu Beginn 1930) und 16,1 v. H. arbeitslos verkürzt (gegen 6,9 v. H. zu Beginn 1930). Der Prozentfuß der arbeitslosen Mitglieder sinkt nur im Juni-Juli ein wenig auf 28,1 v. H. zu Anfang Juli, während 15,8 v. H. verkürzt arbeiteten. Von da an steigt die Arbeitslosigkeit wieder unaufhaltsam, und zum Schluß des Jahres 1931 waren 40,1 v. H. aller Verbandsmitglieder arbeitslos und 23,5 v. H. arbeitslos verkürzt. Für den Keramischen Bund sind die Zahlen noch viel trostloser. Zu Anfang des Jahres waren 46,8 v. H. seiner Mitglieder arbeitslos, Anfang Juli immer noch 38,1 v. H., und zum Schluß des Jahres erreicht die Zahl der arbeitslosen Mitglieder des Keramischen Bundes die erschreckende Höhe von 57,9 v. H.

Betrachten wir die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands nach Industriezweigen gesondert, so zeigt sich fast dasselbe Bild wie im Vorjahre. Die grobkeramischen Industrien wurden wieder am schlimmsten betroffen. Der Prozentfuß der arbeitslosen Mitglieder in der Grobkeramik beträgt am Jahresanfang 57,1, sinkt zu Anfang Juli auf 41,6 und steigt dann auf 73,3 zum Jahreschluß. Aber auch alle anderen Industrien litten im Jahre 1931 viel mehr als im Vorjahre unter der Arbeitslosigkeit, wenn auch nicht alle in gleichem Maße. Die Glasindustrie beginnt das Jahr mit 41,9 v. H. arbeitslosen Mitgliedern und schließt mit 52,1 v. H. In der Porzellanindustrie zählte man zu Jahresanfang 32,2 v. H. und zum Schluß des Jahres 37,6 v. H. arbeitslose Mitglieder. Auch die Kollegen und Kolleginnen in der Spielwarenindustrie wurden schlimm von der Arbeitslosigkeit betroffen. Am günstigsten war die Papierindustrie gestellt, obwohl in ihr die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder während des Jahres ebenfalls stark stieg. Das gilt auch für die Nahrungsmittel- und für die chemische Industrie.

Eine Zusammenstellung über die Arbeitslosigkeit in den wichtigsten Industrien unseres Verbandes bietet die folgende Tabelle:

Von je 100 Verbandsmitgliedern waren arbeitslos

in der	zu Beginn des Jahres 1931	Anfang Juli 1931	zum Schluß des Jahres 1931
chemischen Industrie	21,9	22,1	32,4
Papierindustrie	17,1	18,2	25,3
Nahrungsmittelindustrie	18,8	23,3	31,8
Spielwaren- u. Blumentab.	50,3	34,0	46,5
grobkeramischen Industrie	57,1	41,6	73,3
Glasindustrie	41,9	40,0	52,1
Porzellanindustrie	32,2	28,9	37,6
Fabrikarbeiterverb. überhaupt	31,9	28,1	40,1
Keramischer Bund überhaupt	46,8	38,1	57,9

Diese Zahlen machen es auch dem Einfältigsten klar, wie sehr die gewerkschaftliche Arbeit im Krisenjahre 1931 erschwert wurde. Hinzu kam der starke Druck auf den Lohn, den die von der Reichsregierung mit bedauerlicher Bereitwilligkeit unterstützten Unternehmer rigoros und unter rücksichtsloser Ausnutzung aller Vorteile, die ihnen die ungünstige Wirtschaftslage bot, ausübten. Das Los der Arbeitslosigkeit traf aber sehr oft gerade die Funktionäre, die Vertrauensleute des Verbandes in den Betrieben; dienten doch die zahllosen Betriebsfüllungen nur zu oft lediglich dem Ziele, die unheimlichen und verhassten Gewerkschaften zu schwächen, die immer noch zuviel bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzureden hatten. Skrupellos versuchten die Unternehmer alle Opfer, die die Wirtschaftskrise auch von ihnen verlangte, auf die Arbeiterchaft abzuwälzen. Dabei

standen ihnen die Arbeiterorganisationen im Wege, und daher trat bei den Versuchen der Unternehmer, die kranke Wirtschaft zu heilen, immer wieder die Absicht zutage, die verhassten Gewerkschaften finanziell und an Mitgliederzahlen zu schwächen, wenn möglich, sogar zu vernichten.

Es gelang unseren Klassengegnern nun zwar nicht, die Gewerkschaften zu vernichten, soviel ihnen dabei die Nationalsozialisten und in unbegreiflicher Verblendung sogar Proletarier, die KPD und die RGO, auch Hilfe leisteten. Aber es konnte nicht ausbleiben, daß die Gewerkschaften und mit ihnen der Fabrikarbeiterverband, der von jeher in vorderster Linie des Klassenkampfes stand, aus dem schweren Abwehrkampf fühlbare Wunden davontrugen.

Das zeigt sich vor allem an dem Verlust von über 54 000 Mitgliedern, den wir am Schlusse des Jahres 1931 feststellen mußten. Der Rückgang beträgt etwa 12,4 v. H. Das ist zwar sehr bedauerlich, aber im Vergleich zu den Mitgliederverlusten bei Wirtschaftskrisen der Vorkriegszeit doch noch erträglich, wenn man bedenkt, daß bei Krisen in der Vorkriegszeit der Mitgliederabgang oft 20-25 Prozent ausmachte und daß die gegenwärtige Krise ein ganz anderes Ausmaß und eine ganz andere Schärfe aufweist als die Wirtschaftskrisen der Vorkriegszeit. Es spricht für den gewerkschaftlichen Geist unserer Mitglieder und es zeugt von dem ungebrochenen Idealismus unserer Funktionäre, daß der Mitgliederabgang nicht noch schmerzlicher wurde.

In den einzelnen Vierteljahre des verflossenen Jahres vollzog sich die Mitgliederbewegung in unserem Verbands folgendermaßen:

	Zahl der Mitglieder		zusammen
	männliche	weibliche	
4. Vierteljahr 1930	348 991	92 436	441 427
1. Vierteljahr 1931	339 270	88 866	428 136
2. Vierteljahr 1931	328 270	84 692	412 962
3. Vierteljahr 1931	316 521	80 898	397 422
4. Vierteljahr 1931	309 026	77 868	386 894
Im Durchschnitt	328 396	84 952	413 348
Abnahme gegen den Jahres- schluß 1930	39 965	13 568	54 533

Der Mitgliederabgang ist fast doppelt so groß als im Jahre 1930. In den von Vierteljahr zu Vierteljahr sinkenden Mitgliederzahlen zeigt sich sehr deutlich die fortschreitende Verschlechterung der Wirtschaftslage und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Wie im Jahre 1930 waren auch im letzten Jahre die Verluste bei den weiblichen Mitgliedern verhältnismäßig größer als bei den männlichen. Der Mitgliederabgang beträgt bei den Männern 11,5 Prozent gegen 15,7 Prozent bei den Frauen. Ebenso ist der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Mitglieder weiter gesunken. Er betrug am Jahreschluß 20,1 v. H. gegen 20,9 v. H. zum Beginn des Jahres 1931 und 21,8 v. H. zum Jahreschluß 1930.

Welcher Art die Zugänge und die Verluste waren, zeigt die folgende Tabelle:

Mitgliederzugang:			Mitgliederabgang:		
	1930	1931		1930	1931
Aufgenommen	47 411	25 625	Ausgeschlossen	63 208	71 066
Zugereist	11 666	4 370	Abgereist	21 242	11 474
Aus anderen Ver- bänden über- getreten	4 015	2 215	Zu anderen Ver- bänden über- getreten	6 682	4 208
	62 982	32 210		91 127	86 743

Den größten Anteil an dem Verlust von 54 533 Mitgliedern, der sich aus der Differenz zwischen den Zu- und Abgängen ergibt, haben die Austritte, Ausschlüsse und Todesfälle, die wir in der Tabelle unter der Rubrik „Ausgeschlossen“ zusammengefaßt haben. Die Verluste durch Abreise überwiegen die Gewinne durch Zureise allerdings auch um mehr als 7000. Die Abgereisten sind zum größten Teil wohl unter den Jugendlichen zu suchen, denen ein Wechsel des Wohnortes verhältnismäßig leichter ist als den Verheirateten. Zusammenfassend kann man aber sagen, daß allein die Wirtschaftskrise und die steigende Arbeitslosigkeit den Mitgliederabgang verursachen. Das geht auch aus der folgenden Zusammenstellung hervor, die die Mitgliederbewegung in unserem Verbands in den Jahren seit der Inflation veranschaulicht:

Jahr	Zugänge	Abgänge	Zunahme	Abnahme	Mitgliederzahl am Jahreschluß
1924	100 269	296 822	—	196 553	325 750
1925	149 190	140 205	8 985	—	334 685
1926	161 697	120 447	41 250	—	375 935
1927	158 715	111 591	47 124	—	423 059
1928	163 602	108 897	54 705	—	477 764
1929	104 111	112 303	—	8 192	469 572
1930	62 982	91 127	—	28 145	441 427
1931	32 210	86 743	—	54 533	386 894

Die beiden Krisenjahre 1930 und 1931 heben sich scharf von den vorhergehenden Jahren ab, und die jähe Verschlechterung der Wirtschaftslage und die ins Riesenhafte wachsende Arbeitslosigkeit treten uns in den steigenden Verlusten und den sinkenden Mitgliederzahlen brutal entgegen. Sie können uns aber nicht entmutigen, sie können uns in der Verfolgung unserer gewerkschaftlichen Ziele nicht wankend machen. Im Gegenteil, je größer die Schwierigkeiten werden, je gefährlicher uns unsere Gegner aus den Lagern der Unternehmer, der Nazis und der RGO bekämpfen, desto härter wird unser Wille, desto größer werden unsere Anstrengungen in der Organisationsarbeit. Bei günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen, die wiederkommen werden und müssen, werden wir die Scharten der letzten Jahre nicht nur ausweizen, nicht nur das Verlorene wiederholen, sondern darüber hinaus noch Fortschritte erzielen, die im Interesse unseres Verbandes und der in ihnen vereinigten Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen liegen.

Die Wirtschaft in Deutschland ist nicht durch dauernde Lasten der Lohn- und Gehaltsempfänger zu retten. Im Gegenteil, sie verkräftelt immer mehr, je stärker die Massenkaufkraft gedrosselt wird. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten verlangen mit aller Eindringlichkeit, daß mit den Lohn- und Gehaltsenkungen endlich einmal Schluß gemacht wird. Ihr Verlangen wird jedoch eine hohle Geste bleiben, wenn die organisatorische Kraft sich nicht in diesem Sinne durchzusetzen vermag. Die Zukunft gibt Gelegenheit, organisatorische Nachtmittel einzusetzen. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft muß dies begreifen und durch gesteigerte Werbetätigkeit ihre Organisationen so stärken und ausbauen, daß sie den Unternehmern in den kommenden Verhandlungen mit Erfolg entgegenzutreten können. Denn wir glauben nicht, daß die Unternehmer aus ihren bisherigen Mißerfolgen in der Lohnabbautheorie viel lernen werden. Schon liegen zahlreiche Tarifkündigungen auch in den Industrien vor, in denen unsere Verbandsmitglieder arbeiten.

Die „legale“ Bürgerkriegsarmee Hitlers.

Die letzten Wochen brachten Enthüllungen über die Bürgerkriegsarmee der Nationalsozialisten, die eigentlich keine „Enthüllungen“ mehr waren, aber doch das Gute hatten, daß einmal die gesamte republikanische und demokratische Öffentlichkeit einen annähernden Begriff bekam, von welcher Gefahr die Republik und die Demokratie in den letzten Monaten und Wochen bedroht war und wie wenig daran gefehlt hatte, daß Deutschland zum Opfer eines nationalsozialistischen Putsches und damit eines blutigen Bürgerkrieges geworden wäre. Wir haben in unserer Zeitung ja schon oft darauf hingewiesen, daß die blutrünstigen Reden der Naziprominenten durchaus nicht als bloße Grobpropaganda anzusehen seien, sondern daß sich hinter all diesen entsetzlichen Phantasien der Fricke, der Straßer usw. der heiße Wunsch verbarg oder nicht verbarg, einmal wirklich so mit Leib und Leben der Republikaner und vollends mit den „verruhten Marxisten“ umspringen zu können.

Das Material über die Putschpläne der Nazis, das bei den von Severing angeordneten Hausdurchsuchungen in den nationalsozialistischen Quartieren und Büros gefunden wurde, reicht auch für den gutgläubigsten deutschen Bürger aus, um ihn davon zu überzeugen, wie wenig daran gefehlt hat, daß er am Morgen des 14. März das Dritte Reich vorfand, das sich während der Nacht vom 13. auf den 14. März mit Mord und Blut „streng legal“ etabliert hätte, wenn die Wahl nur ein paar Millionen Stimmen mehr für Hitler ergab. Die bisherigen Untersuchungen haben klipp und klar bewiesen, daß bei der Leitung der Nationalsozialistischen Partei die feste Absicht bestand und noch besteht, sich in einem günstigen Zeitpunkt der Staatsgewalt mit verfassungswidrigen Mitteln zu bemächtigen. Alle Hilfsquellen waren in den Mobilmachungsplänen angegeben, alle Befehle für den Aufmarsch, für die Verpflegung und Ausrüstung der SA, für die Besetzung der wichtigsten Behördenstellen und der Verkehrseinrichtungen sowie der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke gegeben. Es war aber auch schon alles bis ins kleinste angeordnet, wie mit den gegnerischen Organisationen und ihren Führern umgesprungen werden sollte. Hier hatten die früheren kaiserlichen und königlichen Offiziere, die leider immer noch hohe Pensionen von der Republik beziehen, ein reiches Feld für ihre berufliche Tätigkeit des Krieges und Massenmordes gefunden und sich mit verhängnisvoller Aktivität in die Arbeiten der Organisation und Führung des Bürgerkrieges gestürzt. Man muß es ihnen lassen, den früheren Generalführern und Schülern der Kriegsakademie, daß sie die ihnen von Hitler und seinen Räten gestellte Aufgabe in vorbildlicher Weise lösten. Davon legen die gefundenen Pläne und Befehle ein beredtes Zeugnis ab.

Nun hat das Preussische Innenministerium durchgegriffen und die Offensive gegen die Bürgerkriegsarmee und Bürgerkriegspläne der deutschen Faschisten eröffnet. Ein bißchen spät zwar, aber immerhin besser spät als nie. So ist doch wenigstens zu hoffen, daß es nicht ganz so wird, wie der bissige und ironische Alfred Kerr sagte:

„Es fragt sich, wie wir einschreiten sollen,
Es fragt sich, ob —, es fragt sich, wann.
Warten wir, bis die Köpfe rollen.
Immer langsam voran.“

Es mag jetzt aber nicht nur „eingeschritten“ werden, es muß endlich und endgültig Schluß gemacht werden mit der Soldatenpielerei Hitlers, mit seiner Privatarmee, die eine ständige und gefährliche Bedrohung der Republik und der Demokratie ist. Der Reichsinnenminister muß sich dem Vorgehen Severings anschließen. Er könnte dadurch mit einem Schlage das Vertrauen der Republikaner in das Reichsinnen- und das Reichswehrministerium ungeheuer stärken, und das müßte dem Minister Brüning selbst doch nur höchst erwünscht sein. Es genügt ein flüchtiger Blick auf das bisher gefundene Material der bürgerkriegslustigen Nazis, um die entschlossene Selbsthilfe und Gegenwehr der Republik, des Volksstaates zu rechtfertigen, und wieder vielleicht noch viel wichtigeres Material haben die Nazis wohl rechtzeitig beiseite schaffen können. Interessant wäre es, ginge aus dem beschlagnahmten Material auch hervor, von wem die ungezählten Millionen stammen, die die Ausrüstung, die Verpflegung und die Unterhaltung einer solchen nach Hunderttausenden zählenden Privatarmee erfordern.

Die SA und SS der Nationalsozialisten waren in den Tagen um den 13. März auf „Alarmstufe C“ gestellt, und das bedeutet Mobilmachung der Faschisten, das bedeutet unmittelbar bevorstehenden Angriff auf die Republik und auf Leib und Leben der Republikaner, auf alle sozialen Errungenschaften. Staat und Volk können sich diese ständige Bedrohung nicht mehr gefallen lassen. Die organisierte Arbeiterschaft, die Deutschland vor dem unsagbaren Elend, dem unbeschreiblichen Jammer, vor dem Meer von Blut und Tränen bewahren will, das ein Bürgerkrieg mit sich bringt, fordert die Unschädlichmachung der faschistischen Garde Hitlers.

Zu den neuen Lohnkämpfen.

Stärkt die Gewerkschaften für die kommenden Auseinandersetzungen!

Als die große Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eine Regelung der Löhne und Gehälter vornahm, wurde die Höhe der Löhne nur für einige Monate geregelt. Den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden wurde aufgegeben, in kürzester Frist die neuen Lohnsätze in die bestehenden Tarifverträge hineinzuarbeiten. Allgemein sollten die so umgestalteten Tarifverträge für die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den ersten Monaten dieses Jahres maßgebend sein. Ein sehr wichtiges Datum in der Geschichte der gewerkschaftlichen Kämpfe dürfte daher der 30. April 1932 sein. An diesem Tage endet die Gültigkeit von 75 v. H. aller Tarifverträge, die sich auf etwa 8 Millionen Arbeiter erstrecken. Es gilt, die Blinde der Arbeiterschaft auf diesen wichtigen Zeitpunkt hinzuweisen.

Die Gewerkschaften haben umfangreiche Vorbereitungen zu den in Aussicht stehenden Verhandlungen getroffen. Dies um so mehr, weil bei den Unternehmern deutlich das Bestreben zu beobachten war, nicht nur die Lohnsätze, sondern auch die Bestimmungen der Rahmenverträge neu zu regeln. Der Zweck dieser Bestrebungen war sehr klar. Die Rahmenverträge sind im großen und ganzen seit längerer Zeit unverändert geblieben. Wichtige Bestimmungen darin, wie die Urlaubsklauseln u. a., waren den Unternehmern äußerst unangenehm. Sie hielten die jeztige Krise für eine nie wiederkehrende Gelegenheit, einen Einbruch in diese Ertragsbedingungen der Arbeiterschaft vorzunehmen. Natürlich galt als Ziel, sowohl die Urlaubsklausel als auch die Bestimmungen über die Arbeitszeit und andere wichtige Bestandteile des Tarifvertrages erheblich zu verschlechtern. Daran, daß die rheinisch-westfälische Schwerindustrie bis jetzt die Lohnsätze nicht gekündigt hat, glaubt das Reichsarbeitsministerium schließen zu können, daß die Mehrzahl der Tarife nicht gekündigt wird. Bei der Schwerindustrie werden aber so niedrige Löhne gezahlt, daß ein weiterer Abzug schlechterdings unmöglich ist. Das Reichsarbeitsministerium erwartet die Unternehmer selbst zur Kündigung, wenn es in einer Verlautbarung der Öffentlichkeit folgendes kund und zu wissen tut: „Berechtigter erscheint lediglich in einzelnen Berufsgruppen die Anpassung der Löhne gegenüber dem allgemeinen Lohnstand nach überhöhten Löhne und Gehälter.“ Also ein Wink für die Unternehmer! Die deutsche „Bergwerks-Zeitung“ sprach in Nr. 10 das offen aus, was viele Unternehmer denken:

Die Arbeitskräfte der Wirtschaftskrise verläßt nicht nach der Rangfolge: Preisenkämpfung und dann Lohnsenkung, sondern nach der umgekehrten: Lohnsenkung, also auch Preisenkämpfung, und dann im Rahmen des Möglichen Preisenkämpfung. Erst mit der Anerkennung dieser allbekannten Tatsache werden die verheerenden Folgen einer falschen Lohnpolitik als gering und praktisch überwunden gelten können. Weiter wird es sich im Jahre 1932 um die Durchführung der Notwendigkeit handeln, die Kaufkraft von Verbrauchern von Massenbedarfsgegenständen auf den Verbraucher von Produktionsmitteln zu übertragen. Für die Bekämpfung und Überwindung einer Krise ist nicht so sehr die Kaufkraft der letzten Verbraucher als vielmehr die Kaufkraft der Produzenten wesentlich. Um sie zu beleben, muß man diese zunächst erschaffen. Durch eine Senkung der Löhne

geht dabei keineswegs Kaufkraft verloren; sie wird nur vom Arbeiter auf das Unternehmertum, vom Verbraucher von Massenbedarfsgegenständen auf den Verbraucher von Produktionsmitteln übertragen, der sie dann wieder in gesteigerte Arbeitsbeschäftigung umsetzt. Drückt man die Preise unter die Verdienstgrenze eines Betriebes ohne gleichzeitigen Ausgleich durch Unkostenenkung, so erzeugt man nur stillgelegte Betriebe und Erwerbslose.“

Das ist das Programm der Unternehmer. Es wird hier nicht mehr und nicht weniger als folgendes verlangt: Erneute Lohnsenkung und Erhöhung der Preise, denn wie soll sonst die Kaufkraft der Verbraucher von Massenbedarfsgegenständen auf den Verbraucher von Produktionsmitteln zu übertragen sein, als durch die Erhöhung der Preise für Bedarfsgegenstände und Gegenstände des täglichen Lebens. Eine ganz eindeutige Beweisführung, die sich von den jahrzehntelangen Praktiken der Unternehmer nicht unterscheidet und wer weiß wie oft Schiffbruch erlitten hat. Die Unternehmer wehren sich vor allem gegen die Verknüpfung der Lohnhöhe mit der Preishöhe. Die „Bergwerks-Zeitung“ drückt das folgendermaßen aus: „Die lohnpolitische Bedeutung des Jahres 1932 wird in dem Kampf um den Versuch bestehen, die These von der Gleichzeitigkeit und der gegenseitigen Bedingtheit von Lohn- und Preisenkämpfung und damit der Aufrechterhaltung der Einzelkaufkraft des Lohnes aufrecht zu erhalten.“ Die gegenseitige Bedingtheit von Lohn- und Preisenkämpfung wird von den Unternehmern bestritten.

Der Reichskanzler Dr. Brüning hatte, wie immerlich, als Programm der Reichsregierung die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen festgestellt. In dem gleichen Ausmaß wie die Löhne, sollten auch die Preise heruntergesetzt werden, so daß die Realkaufkraft erhalten bleibt. Dieser gute Vorstoß der Regierung ließ sich nicht verwirklichen. Die Preisenkämpfaktion endete mit einem großen Fiasko. Der Lebenshaltungsindex hat sich von 130,4 im Dezember 1931 auf 122,3 im Februar dieses Jahres gesenkt. Es ist also eine Preisenkämpfung der Lebenshaltungskosten von 7,4 v. H. eingetreten. Auf der anderen Seite war nach den eingehenden Berechnungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Herabsetzung der Löhne um 12 v. H. im gewogenen Durchschnitt zu verzeichnen. Die gegenseitige Bedingtheit von Lohn- und Preisenkämpfung ist also auch in den letzten durch die Notverordnung verursachten Aktionen nicht erreicht worden. Man sollte annehmen, daß diese Mißerfolge des Regierungsprogramms die Unternehmer voll befriedigt hätten. Die Löhne sind in Deutschland seit 1930 des öfteren sehr erheblich abgehängt worden. Trotzdem ist die Wirtschaftslage nicht besser geworden, sondern verschlechterte sich nach jedem Lohnabbau. Die katastrophale Krisenentwicklung ist durch den Abbau der Löhne und Gehälter nicht im geringsten angehalten, sondern verschärft worden. Im allgemeinen sollen Erfahrungen klug machen. Auch im Wirtschaftskampf müßte dieser Grundsatz gelten. Die Unternehmer wollen eben ihr graufames Spiel mit der Verschlechterung der Lebenshaltung fortsetzen. Aber es wird ein sehr gewagtes Spiel sein, auch für die Unternehmer.

Nahrungsmittel-Industrie

Katastrophaler Rückgang des Zuckerverbrauchs in Deutschland: Auswirkung der erhöhten Zuckersteuer.

In Nr. 24 des „Proletariats“ brachten wir eine Notiz unter der Überschrift: „Wird die Zuckerkonvention gesprengt?“ Inzwischen sind die Beratungen des Internationalen Zuckerrats beendet. Zur Sprengung der Internationalen Zuckerkonvention ist es nicht gekommen. Kuba ist in seinen Forderungen zu einem Teil befriedigt worden, und sein hauptsächlichster Widerpart, Java, hat ebenfalls einen Pflock zurückstecken müssen. Welches waren nun die eigentlichen Ursachen, die zu diesem Konflikt führten?

Der „Chadbourne-Plan“ sieht für fünf Jahre eine bestimmte Ausfuhrquote für die einzelnen Länder vor. Aber den Inlandsverbrauch und über die Produktion enthält der Plan nichts. Nun hat aber die Weltkrise dazu geführt, daß der Zuckerverbrauch in der ganzen Welt zurückgegangen ist. Ein Rückgang des Verbrauches bedingt aber auch einen Umsatzzrückgang auf dem Weltmarkt. Auf diese Art war der internationale Ausfuhrplan ins Schwanken geraten. Kuba wollte nun seine Zuckererzeugung absolut nach seinen Wünschen regeln, wogegen Java Einspruch erhob. Die Differenzen sind durch Entgegenkommen an Kuba beigelegt worden. Ob der internationale Ausfuhrplan aber durchgeführt werden kann, das hängt von der weiteren Entwicklung des Zuckerverbrauchs ab. Fest steht zunächst, daß durch den Rückgang des internationalen Verbrauchs auch die internationale Regelung der Ausfuhr aus den verschiedensten Ländern auf dem Weltmarkt auf unsicheren Füßen steht. Wie hat sich die Wirtschaftskrise nun für die deutsche Zuckerindustrie ausgewirkt?

Bereits in unserem letzten Artikel bemerkten wir, daß sich eine Beschränkung der Ausfuhr für Deutschland in der deutschen Produktion kaum auswirken würde. Haben wir doch im letzten Jahr nur rund 15,5 Millionen Doppelzentner Rohzucker erzeugt, während der Verbrauch in den letzten Jahren erheblich höher war. Wäre also der Verbrauch in Deutschland so hoch geblieben, wie er in den letzten Jahren war, dann hätte die deutsche Zuckerindustrie neben dem erzeugten Zucker des letzten Jahres noch einen erheblichen Teil von ihren Vorräten absetzen können. Der Verbrauch ist aber in den letzten Jahren ganz erheblich zurückgegangen. Stellen wir einige Jahre des deutschen Zuckerverbrauchs gegenüber, dann erhalten wir folgendes Bild:

Der Zuckerverbrauch in Deutschland betrug:

1913/14 = 14 298 314 Doppelzentner = 21,10 Kilogramm je Kopf	1923/24 = 9 176 182 Doppelzentner = 14,80 Kilogramm je Kopf
1926/27 = 15 212 419 Doppelzentner = 24,11 Kilogramm je Kopf	1928/29 = 16 930 063 Doppelzentner = 26,50 Kilogramm je Kopf
1929/30 = 16 548 655 Doppelzentner = 25,80 Kilogramm je Kopf	1930/31 = 16 569 346 Doppelzentner = 25,66 Kilogramm je Kopf

Aus den Zahlen ist ersichtlich, daß der Zuckerverbrauch in den ersten Nachkriegsjahren sehr niedrig war. Wir haben aber recht bald den Vorkriegsverbrauch je Kopf der Bevölkerung überholt. Bis zum Jahre 1928/29 hatten wir eine dauernde Steigerung des Verbrauches. Im Jahre 1929/30 ist zum ersten Male ein Rückgang zu verzeichnen. Dieser Rückgang hält im Jahre 1930/31 nur noch in geringem Umfange an. Das Zuckerjahr schließt nun jeweils Ende August ab. Wie haben sich nun Zuckererzeugung und -verbrauch seit Ende August 1931 entwickelt? Darüber gibt nachstehende Tabelle Aufschluß:

	1931/32	1930/31	1929/30
	Doppelzentner (Rohzuckerwert)		
Bestände am 1. September	7 363 230	3 070 950	2 318 950
Erzeugung im Sept./Febr.	15 673 414	25 040 410	19 522 584
Einfuhr im Sept./Febr.	51 459	79 775	158 017
Verbrauch im Sept./Febr.	23 088 103	28 191 135	21 999 551
	6 737 614	8 446 278	7 649 469
	16 350 489	19 744 857	14 350 082
Ausfuhr im Sept./Febr.	947 486	2 019 665	569 248
Bestände Ende Februar	15 403 003	17 725 192	13 780 834

Danach hatten wir 1929/30 in den Monaten September bis Februar einen Zuckerverbrauch von 7,6 Millionen Doppelzentner, 1930/31 in den gleichen Monaten aber einen Verbrauch von 8,4 Millionen Doppelzentner. Wir hatten also in den sechs Monaten im Jahre 1930/31 gegenüber 1929/30 noch eine starke Steigerung beim Zuckerverbrauch zu verzeichnen. In den sechs Monaten September bis Februar 1931/32 betrug der Verbrauch aber nur 6,7 Millionen Doppelzentner. Das ist in diesen sechs Monaten gegenüber der gleichen Zeit im Jahre 1930/31 ein Rückgang beim Verbrauch von 1,7 Millionen Doppelzentner. Hält der Rückgang beim Verbrauch in dem gleichen Maße auch in den nächsten Monaten an, dann hätten wir im laufenden Zuckerjahre beim Verbrauch einen Rückgang von über 3 Millionen Doppelzentner gegenüber 1930/31. Wo liegen nun die Ursachen für diesen katastrophalen Verbrauchsrückgang?

Zunächst spielen hierbei die allgemeine schlechte Wirtschaftslage, die große Arbeitslosigkeit und der starke Lohnabbau eine große Rolle. Weite Schichten der Bevölkerung, die bislang den Zucker als wichtiges Nahrungsmittel gebraucht haben, können sich heute keinen Zucker mehr kaufen. Bei dem starken Rückgang des Zuckerverbrauchs spielt aber auch die Preiserhöhung, die durch die Erhöhung der Zuckersteuer im Juni 1931 eingetreten ist, eine große Rolle.

Bei Einführung der Zuckerkontingentierung im Frühjahr 1931 wurde gesagt, die Zuckererzeugung solle nicht nur dem Verbrauch angepaßt werden; daneben sollte die geschaffene Organisation der Zuckerindustrie auch die Aufgabe haben, den Zuckerverbrauch zu steigern. Hierbei sollte die Industrie die Unterstützung der Behörden finden. Man war daher nicht wenig erstaunt, als die Regierung dann durch Notverordnung vom 5. Juni 1931 eine Verdoppelung der Zuckersteuer einführte. Wir haben schon damals ganz entschieden gegen die Verdoppelung der Verbrauchsabgabe für ein so wichtiges Nahrungsmittel protestiert. Die Entrüstung über diese Regierungsmaßnahme war allgemein. Geholfen hat das nicht. Die Zuckersteuer wurde verdoppelt und so das Pfund Zucker um über 5 Pf. im Preise erhöht. Der Handel und die übrigen beteiligten Kreise taten ein übriges, so daß das Pfund Zucker um 6 bis 6,5 Pf. im Preise stieg. Neben der ungeheuren Not,

die in großen Bevölkerungskreisen herrscht, hat die Verteuerung des Zuckers durch die Verdoppelung der Verbrauchsabgabe sich dahin ausgewirkt, daß der Zuckerverbrauch so ungeheuer zurückgegangen ist.

Soll der Zuckerverbrauch gesteigert werden, dann ist in erster Linie eine Verbilligung des Zuckers nötig. Es ist ein Widerstreit, die Kaufkraft der Bevölkerung durch ungeheure Lohnsenkungen abzubauen, wichtige Lebensmittel aber im Preise dadurch hochzutreiben, daß sie durch eine doppelte Verbrauchsabgabe belastet werden. Aufhebung der Zuckersteuer oder mindestens eine starke Ermäßigung muß daher sowohl im Interesse der Zuckerverbraucher als auch im Interesse der Zuckererzeuger dringend gefordert werden. Tritt die Aufhebung oder eine starke Senkung der Zuckersteuer nicht ein, dann wird die Zuckerindustrie in der nächsten Kampagne eine weitere erhebliche Beschränkung ihrer Produktion durchführen müssen. Was aber hat dann das Reich durch die Steuererhöhung finanziell erreicht?

Die Zuckersteuer ist im Juni 1931 verdoppelt; der Umsatz ist allein seit Anfang September 1931 bis Ende Februar 1932 um 1,7 Millionen Doppelzentner oder um rund 20 Prozent gesunken. Es handelt sich hier zwar um Vorschätzungen, die wir der „Deutschen Zucker-Industrie“ entnehmen. Diese Vorschätzungen waren aber bislang immer ziemlich genau. Die Erhöhung der Zuckersteuer hat also dem Staate die erhöhten finanziellen Einnahmen nicht gebracht. Wird die Zuckersteuer nur um die Hälfte herabgesetzt, dann kann das Pfund Zucker um 5,5 bis 6 Pf. billiger verkauft werden. Der Umsatz würde steigen und somit auch die Steuereinnahme des Reiches. Die Zuckerindustrie aber brauchte ihre Produktion nicht weiter einzuschränken; im Gegenteil, die Zuckererzeugung könnte vielleicht gesteigert werden. Anstatt weniger Arbeiter könnten, zumindest in der Hauptsaison, mehr beschäftigt werden. Wann zieht die deutsche Reichsregierung diese Nutzenwendung aus dem ungeheuren Rückgang des Zuckerverbrauchs?

E. Senkfeil.



Frauenfragen.

Auf die Frauen kommt es an!

Das Jahr 1932 ist ein Kampfsjahr allerersten Ranges. Zwei große Entscheidungen liegen bereits hinter uns. Am 13. März und am 10. April wurde das deutsche Volk an die Wahlurne zur Entscheidung gerufen, ob Diktatur herrschen oder Demokratie bestehen soll in Deutschland. Durch die Wahl Hindenburgs hat es bewiesen, daß es nicht gewillt ist, sich dem Faschismus zu beugen. Angesichts der Tatsache, daß unzählige Menschen unter Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau, Rentenkürzungen und anderen unerträglichen Belastungen seufzen, haben diese als Wähler und Wählerinnen eine sehr hoch einzuschätzende Tat vollbracht, indem sie trotz Hunger und Not abwägend prüften und sich nicht irremachen ließen von Hitler und seinen Trabanten. Die Lektion, die dem großspürigen Adolf am 13. März und am 10. April zuteil wurde, wird dazu beitragen, dem Faschismus in Deutschland den Garaus zu machen. Das deutsche Volk will nicht zurück ins finstere Mittelalter. Es will nicht Rechtslosigkeit, Barbarei und Knechtschaft, sondern Brot und Arbeit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Der 24. April wird für Deutschland ein Großkampftag sein. Preußen, Bayern, Anhalt und Württemberg haben Landtagswahlen. Überall muß der Faschismus geschlagen werden. Ganz besonders in Preußen muß alle Kraft eingesetzt werden, denn Preußen ist der Hort der Republik. Schon allein durch seine Größe (drei Fünftel des Reiches ist preussisch) ist der Kampf um Preußen ausschlaggebend für die fernere Entwicklung. Die Parteien der sogenannten „Nationalen Opposition“ machen alle Anstrengungen, aus dem demokratischen Preußen wieder den Diktatur- oder den Dreiklassenstaat zu machen. Sie können es nicht verschmerzen, daß dieses System (lies Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse) Geltung hat. Ihr Ideal ist das Klassenwahlrecht, denn „es muß doch ein Oben und Unten geben“. Zur Zeit des Dreiklassenwahlrechts hatte ein Wähler der ersten Klasse (das waren die begüterten Schichten) unter Umständen 25 mal soviel Wahlrecht wie ein Wähler der dritten Klasse. Selbst Bismarck sagte im Parlament des Norddeutschen Bundes am 28. März 1867 von diesem Wahlrecht: „Ein widersinnigeres, elenderes Wahlrecht ist nicht in irgendeinem Staate ausgedacht worden!“ Aber diesen Zustand sehnt man im Lager der „Nationalen“ wieder herbei. Man will die Politik der „guten alten Zeit“ wiedersehen!

Die Gegner des republikanischen Preußen (im nationalistischen wie im kommunistischen Lager) konnten schlecht die Zeit erwarten, bis Neuwahlen fällig wurden, denn die Krisenkonjunktur ließ alle Reaktionen auf einen Systemwechsel hoffen. Seit Zusammentritt des Landtags im Juni 1928 bis zum Ende des Jahres 1931 wurden allein 32 Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister bzw. gegen das Gesamtkabinett eingebracht, die sämtlich abgelehnt wurden. Im Dezember 1930 leitete der Stahlhelm ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtags ein, das von „nationalen“ Parteien und verschiedenen gelben Verbänden unterstützt

wurde. Als es daraufhin zum Volksentscheid am 9. August 1931 kam, fanden sich im Bunde mit Stahlhelm, Deutschnationalen, Nazis und anderen reaktionären Parteien die Kommunisten bereit, für den Volksentscheid einzutreten und für ihn zu stimmen. Diese nannten den Volksentscheid dann einen roten Volksentscheid. Das republikanische Preußen aber war allen Anstürmen gewachsen. Es gelang den Gegnern nicht, den Landtag vorzeitig zur Auflösung zu bringen und die Regierung Braun-Severing zu stürzen. Nun wird der Preussische Landtag gefeiert am 24. April neu gewählt.

Es kommt bei den politischen Wahlen ganz besonders auf die Entscheidung der Frauen an, da es mehr wahlberechtigte Frauen als Männer gibt. Unsere Kolleginnen wissen dies schon aus früheren Aufsätzen in unserer Verbandspresse. Deshalb, Kolleginnen, schafft überall Aufklärung in Frauenkreisen! Bei den Länderwahlen steht für die Familie und die Arbeiterklasse viel auf dem Spiel. Denken wir nur einmal an das Schulwesen in Preußen. In den Volksschulklassen waren vielfach 70-80 Kinder und noch mehr untergebracht, die ein Lehrer unterrichten mußte. Nach dem amtlichen preussischen Pressedienst vom 4. August 1930 kamen 1920 auf eine Lehrkraft durchschnittlich 63 Lehrer; 1930 kamen auf eine Lehrkraft durchschnittlich nur noch 38,7 Kinder. Die Forderungen der Sozialdemokratie auf Ausbau der Volksschule sind den reaktionären Parteien zuwider, sie wollen gar nicht, daß die vier Millionen Kinder des Proletariats, denen die Schule Rüstzeug fürs Leben geben soll, besser geschult und gebildet werden. Die seit 1920 eingerichteten weltlichen Schulen werden von den reaktionären Parteien und bürgerlichen Gemeindefreien sabotiert und systematisch bekämpft. Der Naziminister Klages in Braunschweig hat kurzerhand die weltlichen Schulen geschlossen. Hingegen ging das Wirken der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag und bei allen Verhandlungen dahin, die weltliche Schule auszubauen und dem weltlichen Schulgedanken Lebensraum zu geben. Besonders erwähnenswert ist auch die Aufbauschule, die seit 1923 in das preussische Schulgesetz aufgenommen wurde und begabten Proletarierkindern den Weg zum Studium bis zur Universität freimachen soll. Von diesen Aufbauschulen gibt es zur Zeit etwa 100. Außerdem bestehen in Preußen 35 Volkshochschulheime, die jährlich ungefähr 2500 junge Menschen in Kursen erfassen.

Wie die Nazikindererziehung mit dem Stock, mit Bleifolien und Frickschen Schulgebeten zu bemerken ist, kann den Müttern keineswegs gleichgültig sein. Sie müssen auch mitzureden haben, wenn entschieden wird, ob unsere Kinder für den Kriegsgedanken oder für die Friedensbestrebungen begeistert werden sollen. Jetzt buhlen die Nazis auch um die Frauenstimmen, obwohl man den Frauen im Reich, wie in den Ländern und Kommunen keinerlei politische Gleichberechtigung zuerkennt und es nur eine Phrase Hitlers ist, wenn er findet, daß die Frau Kampfgenosin des Mannes sein sollte. Der Abg. Feder sagt „Magd und Dienerin“ und Abg. Goebels spricht von „schön sein und Kinder kriegen“, damit sich jeder Wähler (von denen, die nicht alle werden) etwas ausfuchen kann.

Darum aber müssen wir und müssen unsere Kolleginnen um so lauter rufen und warnen, daß die Frauen sich nicht mit schuldig machen dürfen an unaussprechlichen Chaos und vergrößerten Elend, falls Hitler noch mehr Frauenstimmen zugesührt werden sollten. Heraus aus der Gleichgültigkeit und Duldsamkeit! lauft jetzt die Parole. Wir wollen und müssen dafür sorgen, daß die Frauen mehr als bisher bei der Gestaltung der Dinge in Deutschland mitreden und fortschrittlich entscheiden können. Alle Frauen, die den Fortschritt und die Freiheit wollen, wählen am 24. April die sozialdemokratische Liste!

U. J.

Ein erfolgreicher Frauenabend in Hannover.

Gern folgten viele unserer Kolleginnen dem Rufe der Arbeiterinnenkommission zum Frauenabend der Ortsverwaltung Hannover. Außer der Kollegin Jammert hatte auch unsere Jugendgruppe ihre Mitwirkung zugesagt. Durch ihr frohes und sinnvolles Spiel haben unsere Burschen und Mädel sich längst die Liebe und Achtung aller Kolleginnen und Kollegen erworben.

Gegen 7 Uhr versammelten sich im kleinen Volksheimsaal ungefähr 250 Kolleginnen und Mütter unserer Jugend. Mit einem Musikstück und dem gemeinsamen Gesang „Wann wir schreiben Seit an Seite“ wurde der Abend eröffnet. Nach einigen herzlichem Begrüßungsworten des Kollegen Koch von der Ortsverwaltung nahm das sinnvolle und zeitgemäß zusammengestellte Programm seinen Verlauf.

Kollegin Jammert schilderte in ihrem Referat die Ursachen der ungeheuren Not der Arbeiterschaft. Die Wirtschaftskrise trifft mit ihrer Arbeitslosigkeit beide Geschlechter. Die Frau hat darunter aber doppelt und dreifach zu leiden. Mit treffenden Worten erinnerte sie an die verschiedene Erziehung der Jungen und Mädel im Elternhaus sowie an die unterschiedliche Berufsausbildung. Im Erwerbsleben finden wir eine schlechtere Entlohnung der Arbeiterinnen infolge der geringeren Einschätzung der Frauenleistung. Die Frau muß mehr Klassenbewußtsein an den Tag legen. Es gilt besonders, die politischen Gegner von rechts und von links zu erkennen und bei wichtigen Entscheidungen entsprechend zu handeln. Obwohl die Reichspräsidentenwahl ergab, daß in vielen Städten — so getrennt nach Geschlechtern abgestimmt wurde — die Frauen mit großer Mehrheit Hindenburg wählten, muß doch festgestellt werden, daß es immer noch sehr viele Arbeiterinnen gibt, die den Nazis und den Kommunisten ihre Stimmen geben. Bei den bevorstehenden Wahlen am 24. April ist aber besonders zu bedenken, welche Partei für die Interessen der Arbeiterschaft — also auch für die Rechte der Arbeiterinnen — eintritt. Die Nazis sind ausgesprochene Gegner der Frauenrechte. Ihr Bestreben ist, die Frau wiederum zur vollkommen rechtlosen Magd und Dienerin zu machen. Im Dritten Reich soll die weibliche Jugend aus Kassegründen in vier Klassen eingeteilt werden. Große Heiterkeit begleitete hier die Ausführungen der Kollegin Jammert über diese Frage. Die Bildung der Betriebszellen der Nazi und der A.O. dienen zur Zerstückelung aller Erwerbslosen der freien Gewerkschaftsbewegung. Hier kann nur intensive Aufklärungsarbeit über die Bedeutung der Ziele der Arbeiterbewegung im allgemeinen, besonders aber die Bedeutung aller Funktionärinnen dringend notwendig sein. Es gilt, die Organisationen der Arbeiterschaft — die freien Gewerkschaften und die Partei — zu stärken, das Vertrauen der Bankrottstücken zu festigen und die uns noch Fernstehenden zu gewinnen. Bei den kommenden Wahlen müssen wir Frauen beweisen, daß wir gewillt sind, die so schwer erkämpften Rechte der Arbeiterschaft an der Seite des Mannes und Arbeitskollegen zu behaupten. Der große Beifall bewies, daß die Kollegin Jammert allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

Ebenso großen Beifall erhielt die Jugendgruppe für ihre Darbietungen. Die von der Gruppe selbst zeitgemäß zusammengestellte Revue charakterisierte in den einzelnen Bildern sehr treffend die gegenwärtige politische Lage und deren Beurteilungen durch die verschiedenen Instanzen. Die Mädel und Burschen verstanden es, mit ihrem Frohsinn und Humor die Aufmerksamkeit der Zuhörer bis zum Schluß zu fesseln. Einen sinnvollen Abschluß fanden die Zeitbilder durch die Aufführung der Trepmühle mit der mitreißenden Aufforderung zur Aktivität und Selbstbesinnung auf die Zugehörigkeit zum Proletariat. Die frohen Volkstänze zeigten, daß in unserer Jugendgruppe auch Spiel und Geselligkeit gepflegt werden.

Die wohlgelungene Veranstaltung hat durch ihren Besuch bewiesen, daß die Ortsverwaltung mit der Zusammenstellung des Programms den Wünschen der Kolleginnen entsprochen hat.

Durch die Mitwirkung der Jugendgruppe ist das Band der Zusammengehörigkeit zwischen den jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeitern und älteren Arbeitskollegen unserer Organisation fester geknüpft worden. Alle Beteiligten trennten sich mit dem Versprechen, in Zukunft besser als bisher für den Zusammenschluß der Arbeiterchaft einzutreten, und wünschten eine Wiederholung solch begeisterter Veranstaltungen.

Emmi Rumbarger.

Berichte aus den Zahlstellen.

Dresden. Wieder ist einer unserer Alten dahingegangen. Der Mitbegründer unserer Zahlstelle, Kollege Richard Weber, ist am 31. März 1932 gestorben. Mehr als 35 Jahre hat er für die Interessen der Organisation gewirkt und alles getan, um die Organisation zu fördern und zu heben. Wir verlieren in ihm einen unserer treuesten und besten Kollegen und ermahnen die Jugend, daß sie sich ihn als Vorbild dienen lassen möchte, um ebenso klar und zielbewußt für die Interessen der Arbeiterchaft zu wirken und einzutreten, wie er es sein ganzes Leben lang getan hat. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten!

Forchheim. Die Zahlstelle feierte am 19. März in der Halle des Turnvereins ihren 25jährigen Bestehen. Eingeleitet wurde die Feier durch exakt vorgelegene Musikstücke der Kapelle Lohner. Nach dem vom Arbeitergesangverein „Liederkanz“ vorgelegten Chor „Ich warte dein“ ergriff der Vorsitzende Hans Trautner das Wort zur Begrüßung. Gauleiter Kollege Maier hielt dann die Festrede. Er gedachte derer, die der Tod aus unserer Reihen riß. 25 Jahre Gewerkschaftsarbeit, so führte der Redner aus, waren 25 Jahre Kampf. Wie läge es heute aus, wenn die Gewerkschaften nicht gewesen wären, die Arbeiterchaft befände sich in tieferer Sklaverei. Redner appellierte an die Kolleginnen und Kollegen zu weiterer Mitarbeit, sprach den Frauen den Dank aus und richtete Worte der Beherzigung an die Jugend. Alsdann nahm er die Ehrengabe der drei Kollegen vor, welche auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken können. Es sind dies die Kollegen Karl Seebler, Kalpar Schüpferling und Anton Agrikola, die vom Hauptvorstand, deren Gräße Maier überbrachte, mit der Ehrengabe, von der Zahlstelle Forchheim mit einem eigens hierzu angefertigten künstlerischen Diplom und einem geschmackvoll ausgestatteten Korb mit allerlei Lebensmitteln und einem Geldgeschenk bedacht wurden. Auch Kollege Wild aus Erlangen, der als Gründer der hiesigen Ortsgruppe anzusprechen ist, wurde geehrt. Mit einem Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und auf die Arbeiterbewegung schloß Kollege Maier. Danach ging es zum gemütlichen Teil über, den der Kollege Trautner und die als Gast hier weilende Jugendgruppe Nürnberg-Fürth anfüllten. Es war ein schöner Abend gewerkschaftlichen Treuebekenntnisses, und erst in vorgedunkelter Mitternachtsstunde trennte man sich.

Kriegitz. 25 Jahre Zahlstelle. Das Jahr 1907 ist für viele Zahlstellen Schicksalsjahr und auch für den Gau VI Schlesiens das Gründungsjahr. Anfang des Jahres 1907 wurde in Kriegitz der Zimmerer Gewerkschaftsverein vom Gewerkschaftskartell beauftragt, sich um die Organisation der ungelerten Arbeiter zu bemühen. Nach vielen öffentlichen Versammlungen und eifriger Agitation unter den ungelerten Arbeitnehmern wurde am 14. April 1907 die Zahlstelle Kriegitz des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands mit 37 Mitgliedern gegründet. Zunächst erstreckte sich die Agitation hauptsächlich auf die Betriebe der Ziegelei- und Sägewerke. Da aber die damaligen Berufsverbände die ungelerten Arbeiter in den übrigen Industrien gar nicht oder nur ungern aufnahmen, wurden auch diese vom Fabrikarbeiterverband organisiert. Die damals schlechte Entlohnung und Behandlung und die lange Arbeitszeit in den Ziegeleien erleichterten die Agitation. Die Arbeiterchaft erkannte immer mehr, daß nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß eine Verbesserung ihrer Lebenslage erfolgen könne, so daß am Ende des Jahres 1907 die Zahlstelle bereits 90 Mitglieder hatte. Welche Bedeutung die Zahlstelle Kriegitz im Gau hatte, geht daraus hervor, daß bereits am 26. und 27. Dezember 1907 die erste Gewerkschaftskonferenz in Kriegitz stattfand. Vor allem war es bis zum Ausbruch des Krieges der Kollege Komalzik, der mit aller Kraft und Energie bestrebt war, die Zahlstelle Kriegitz vorwärtszuführen. Viele ersatztliche Referenzen sprachen in den Zahlstellensammlungen, u. a. berichtete Kollege Henning (Dresden) im Jahre 1908 über den Gewerkschaftskongress. Diese beiden Kollegen sind leider zu früh gestorben. Komalzik starb den vielgerühmten Helbentod und Henning wurde von Nachkriegsradikalen gemordet.

Durch die eifrige Agitation der damaligen Funktionäre erreichte die Zahlstelle bis zum Ausbruch des Krieges einen Bestand von 32 männlichen und 52 weiblichen Mitgliedern. Die Nachkriegszeit brachte einen außerordentlichen Zustrom zu den Gewerkschaften. Deshalb wurde von der Gewerkschaft bei der Gründung von Bezirkszahlstellen die Zahlstelle Kriegitz als Sitz einer solchen ansersehen. Erster Geschäftsführer unserer Bezirkszahlstelle wurde am 1. Juni 1919 Kollege Hermann Gampig. Durch seine intensive Tätigkeit wurde die Mitgliederzahl durch Eröffnung weiterer Betriebe und Gründung neuer Ortsgruppen wesentlich erhöht, so daß bereits am 1. Juli 1920 der Kollege Späte als 2. Geschäftsführer eintrat. Infolge der Kartellverträge mußten auch wir eine beträchtliche Zahl von Mitgliedern an andere Verbände abgeben, aber auch die fürchterliche Wirtschaftskrise hat den Mitgliederbestand der Zahlstelle erheblich vermindert. Da wir eine sehr starke Ziegeleiindustrie haben, ist die Arbeitslosigkeit in unserem Zahlstellengebiet außerordentlich groß; hinzu kommt noch die Ausweitung der Konsumkrisis in der Zuckerindustrie, wodurch die Arbeitslosigkeit insofern stark vergrößert wurde. Trotz allem kann festgehalten werden, daß wir auf dem Gebiete des Landwesens wesentliche Fortschritte gegenüber der Vorkriegszeit gemacht haben. Vor dem Kriege bestand kein einziger Land, während heute 10 Betriebe Betriebsämter und acht Betriebe Betriebsämter unterstehen. Daß der Verband seinen Mitgliedern ein Helfer in der Not ist, beweisen die Summen, die als Unterstützungsgeld ausgezahlt worden sind. Im Jahre 1931 wurden in unserem Zahlstellengebiet 22.000 Mk. an Unterstützungsgeld gezahlt, davon 7000 Mark Inaktivenunterstützung.

Die Jubiläumfeier, die am 19. März im Volkshaus stattfand, wurde verbunden mit der Ehrung von 30 Jubilaren. In seiner Festrede würdigte Kollege Thiemer (Dresden) die Entwicklung der Zahlstelle Kriegitz.

Uns alle befeuert der Wunsch und die Hoffnung, daß die heutige Wirtschaftskrise überwinden werden muß und unsere Mitglieder wieder in dem Produktionsprozess eingereiht werden, damit wir dann wieder mit neuer Kraft den Kampf gegen die Unternehmern

Gute Werbeerfolge in der Zahlstelle Offenbach a. M.

Trotz der starken Erbitterung, die durch die 15prozentige Lohnsenkung auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ausgelöst wurde, hatten wir gute Werbeerfolge. Im ersten Quartal konnten wir

50 Neuaufnahmen und 16 Übertritte erzielen. Den stärksten Anteil hat unser Ortsvertrauensmann in Klein-Luheim, Kollege Joh. Karl Horn, der Vorsitzende des Betriebsrates der Hessischen Gummiwarenfabrik Fröh Peter, W.G., in Klein-Luheim. Er hat im ersten Quartal 1932 durch 45 Aufnahmen und 14 Übertritte der Organisation 59 neue Mitglieder zugeführt.

Besonders Lob verdient auch der Obmann unserer Agitationskommission, Kollege Heinrich Lauz. Durch die bekannten Begleitscheinungen, die durch die Lohnsenkung der Notverordnung ausgelöst wurden, glaubte ein Teil der Mitglieder, am Organisationsgedanken verzweifeln zu müssen. Dem Kollegen Lauz ist es in 28 Fällen gelungen, die Betroffenen der Organisation zurückzugewinnen und außerdem noch zwei Neuaufnahmen zu erzielen.

Nationalsozialismus

- heißt: Inflation;
- heißt: Vernichtung der sozialen Einrichtungen;
- heißt: Preisgabe der Arbeitslosen, Arbeitsinvaliden und Kriegssopfer;
- heißt: Krieg, Not, Hunger und Elend für das ganze deutsche Volk!

Wer das nicht will, wählt am 24. April sozialdemokratisch!

aufnehmen können, die die heutige Notlage dazu benutzen, die Lebenslage der Arbeiterchaft auf einen außerordentlichen Tiefstand herabzudrücken. Deshalb fort mit aller Mutlosigkeit und Verzagtheit! In den zurückliegenden 25 Jahren hat der Verband manch feintönenigen Weg gehen müssen, um ein starkes Bollwerk der Arbeiterchaft zu werden. Deshalb werden wir auch die Zukunft meistern, wenn wir einig in unserem Willen sind.

Sonneberg. Am Sonntag, dem 20. März, fand im Volkshaus unsere Vertreter-Generalversammlung statt, die von 155 Kollegen besucht war. Kollege Parfisch vom Hauptvorstand referierte über: „Die Gewerkschaften und die Krise des Kapitalismus“. Der Vortrag hat unsere Kollegen so aufgemuntert und so tiefe Einblicke in das Wirtschaftsleben gegeben, daß gewünscht wurde, daß der Kollege Parfisch öfter zu uns kommen möchte, um in Versammlungen auch den „Unentwegten“ die Augen zu öffnen. Der Geschäftsbericht wurde von den Kollegen Brandel, Saffa und Weil erstattet. Aus dem Bericht ging hervor, welche enorme Arbeit in unserem Spielwaren-, Heim- und Porzellanbezirk zu leisten war. Leider ist unsere Zahlstelle von der Arbeitslosigkeit in allen Industrien, insbesondere auch in der Grobkeramik, so stark betroffen wie noch nie zuvor. Eine Betriebsstillegung jagt die andere. Die Zahlstelle zählt 3845 Mitglieder, von denen 75 Prozent zur Zeit ohne Arbeit sind. Der Rest arbeitet kurz, und nur sehr wenige arbeiten voll. Auch in der chemischen Industrie herrscht Kurzarbeit. Die Verhältnisse in der Feinindustrie sind jedoch derart trostlos, daß sie kaum noch zu schildern sind. Die Löhne sind bereits auf 17 Pf. und noch weniger in der Stunde herabgedrückt worden. Trotzdem gibt es keinen Haß. Die Heimarbeiter werden in ihrer großen Not von den Unternehmern mehr und mehr ausgebeutet. In der Diskussion wurden die Arbeiten der Verwaltung in jeder Weise anerkannt. Die alten Verwaltungsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Unsere Vertreter-Generalversammlung, in der sich auch mancher Anhänger der sogenannten NSD, befand, war von einer Einmütigkeit befeelt, wie sie nicht besser gewünscht werden kann. Ein Beweis, daß bei manchen unserer linksradikalen Gewerkschaftler die Vernunft noch immer höher steht als ein asiatischer Befehl.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Seinrich Limberg †.

Der Schnitter Tod hält reiche Ernte unter den Funktionären der Gewerkschaftsbewegung. Nach den großen Verlusten der letzten Zeit müssen wir wieder den Tod eines braven Kämpfers melden. Am 3. April starb der Kollege Seinrich Limberg, Redakteur der „Bergbau-Industrie“, Organ des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes. Limberg war ein Sohn der roten Erde. Er wurde am 10. September 1874 bei Dorfmann geboren. Wie es bei der Proletarierjugend des Industriegebiets nicht anders zu erwarten war, mußte er im Bergbau Beschäftigung suchen. Im Jahre 1902 wurde Limberg Arbeitersekretär in Herlohn. Hier hat er den ersten großen Streik in der westdeutschen Metallindustrie geführt, der von den Unternehmern mit einer Aussperrung beantwortet wurde. Limberg mußte diese seine Führertätigkeit mit Gefängnis büßen. Im Jahre 1908 wurde er Redakteur der Essener „Arbeiter-Zeitung“. Als das Pressebüro der Sozialdemokratischen Partei in Rheinland und Westfalen errichtet wurde, übernahm Limberg dessen Leitung. Eine Unmenge von Material und viele Schriften sind in dieser Zeit aus der Feder des Kollegen Limberg über das Scharfmachertum der rheinisch-westfälischen Großindustrie veröffentlicht worden. In unzähligen Versammlungen war Limberg als Redner tätig. 1919 wurde er Mitglied der Preussischen Landesversammlung und von 1921 bis 1924 war er Mitglied des Preussischen Landtages und Vorsitzender der Fraktion. Seit 1924 gehört Kollege Limberg dem Reichstag an. Die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“, der heutigen „Bergbau-Industrie“,

47 neue Mitglieder

sind im Januar 1932 innerhalb 14 Tagen allein von einem Kollegen der Zahlstelle

Sonneberg dem Verbandszugeführt worden. Macht es nach! Werbt für den Verband! Eifert dem Sonneberger Beispiel nach! Ein Bravo dem wackeren Werber!

übernahm Limberg im Jahre 1923. Er war einer jener jähren und unbeirrbarren Führer, die das schwierige Agitationsfeld der westdeutschen Großindustrie mit eisernem Fleiß allen Schwierigkeiten zum Trotz bearbeitet haben. Er ist seinen Jugendidealen bis zum letzten Atemzug treu geblieben. Kollege Limberg mußte verhältnismäßig früh sterben. Sein Andenken wird in der deutschen Arbeiterbewegung immer in Ehren gehalten werden!

Rundschau.

Der Sozialismus des Hohenzollernprinzen.

In der NSDAP, dieser angeblichen Arbeiterpartei, spielen neben Generalen, Großgrundbesitzern, Großunternehmern auch ehemalige Hohenzollernprinzen eine gewisse Rolle. Der tätige von ihnen ist Prinz August Wilhelm. Dieser hat kürzlich in Köln in einer Nazi-Versammlung gesprochen, in deren Verlauf er sich gegen die Deutschnationalen wandte und folgendes zum Ausdruck brachte:

„Wenn sie jetzt anfangen, unseren Führer zu verunglimpfen und unseren Sozialismus zu veralbern, dann kriegen sie es mit uns zu tun, dann werden wir kein Blatt vor den Mund nehmen.“

Der Sozialismus, den Prinz Uwi sich in seinem Kopf zurecht macht, wird dem ähneln, der dem Großindustriellen Thyssen vorschwebt. Aber was haben Arbeiter und Angestellte in einer Partei zu tun, in der solche Leute eine Rolle spielen?

Und noch ein Hohenzollernprinz: der Ollor.

„Unser Kronprinz“ ist nun auch glücklich da gelandet, wohin ihm sein erlauchter Bruder Uwi und unzählige Generale und andere Offiziere der alten Armee vorangegangen sind. Er hat in einer öffentlichen Kundgebung zur Wahl Hitlers angefordert. Der Appell wird nichts helfen, und wir beneiden die Hitlerpartei nicht um diesen neuen Gewinn. Aber die Erklärung des Outbesitzers von Ollor, der sich gegen alles Recht noch immer Kronprinz nennt, ist ein neuer Beitrag zur Charakteristik der „Edelsten und Besten der Nation“. Als durch die Regierung Stresemann dem früheren Kronprinzen die Rückkehr nach Deutschland gestattet wurde — er hatte sich bekanntlich nach der Vielsamkeit von Charleville in die Einsamkeit der kleinen holländischen Insel Wieringen zurückgezogen —, gab er das feierliche Versprechen ab, sich von jeder politischen Betätigung fernzuhalten. Jetzt setzt er sich hohnlächelnd über dieses Versprechen hinweg und unterstößt die Partei, die die Republik beseitigen will, die die ehemaligen Fürsten leider so „kärzlich“ abgefunden hat, daß der Herr Vater in Doorn immer noch reicher ist als alle anderen Deutschen und der älteste Sohn in Ollor über eines der reichsten Güter verfügt. Dank vom Hause Hohenzollern? Böse Jungen sagen: Natürlich, weil die Republik so „anständig“ war.

So lebt der Führer einer „Arbeiterpartei“.

Die „Welt am Montag“ ist in der Lage, eine Originalrechnung des Berliner-Hotels „Kaiserhof“, in dem der große Adolf abzuweilen pflegt, mitzuteilen. Für den zehntägigen Aufenthalt Hitlers betrug die Hotelrechnung 4048 Mark, mithin je Tag rund 405 Mark. Dieser „Arbeiterführer“ hatte für sich und sein Gefolge 12 Zimmer gemietet, für die er die Kleinigkeit von 2820 Mark bezahlen mußte. Für 120 Mittagessen mußten 600 Mark bezahlt werden, für die täglichen Frühstücke wurden 276 Mark und für Getränke 298 Mark berechnet. Von den Nazis wird Hitler immer als ein äußerst bescheidener und nüchtern Mensch hingestellt. Trotzdem verbraucht dieser Mann mit seinem Gefolge in 10 Tagen mehr als 4000 Mark, für die ein Arbeiter mindestens zwei Jahre arbeiten muß.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3 a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Dr. a n i e n b u r g : August Dehnert, Mitgl.-Nr. S II 720 487; auf Grund des § 14 Ziffer 3 a und c in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Dr. a n i e n b u r g : Franz Böhrer, Mitgl.-Nr. S II 720 543.

Literarisches.

„Shanghai“, ein China-Roman von Sergei Alimow. Es ist den Europäern gelanger, die herrschenden Schichten in China als Verbündete zu gewinnen, und chinesische Generale, Celebriten und Industrielle und Handelsleute beteiligen sich an der Ausbeutung der proletarischen chinesischen Bevölkerung. Trotzdem wurden die Weißen das Gefühl nicht los, auf einem vulkanischen Gelände zu wohnen, und eines Tages sollte dann auch der unterirdische Donner, das Vorgehen von Sergei Alimow, ins Deutsche übertragen von Boris Krotkoff, jetzt bei der Bader-Gilde Gutenberg, Berlin, in Leinen gebunden und zum Preise von 2,70 Mk. erschienen, führt mitten hinein in diese erste Erschütterung, und wir erleben den ersten großen Zusammenstoß zwischen China und der weißen Zivilisation. Der Autor versteht es meisterhaft, zu zeigen, wie die Sonne und Lächler aus reichen und alten chinesischen Familien sich bemühen, ihren weißen Kollegen ebenbürtig zu sein im Geiste der Vergnügungen und in der Ausbeutung der eigenen Rasse. Alimow zeigt oft bis an die Grenze des Erträglichsten steigert. Im Schluß erhebt sich ein geheimnisvolles und finstres Antlitz „zwischen den Zeiten“, die Ordnung des angegriffenen Afens, das gewaltige Vorgehen eines Kaisers, der die größte soziale Umwälzung der Geschichte bringen wird.

Proletarierromane von Martin Andersen Herx. Der Dichter Martin Andersen Herx ist heute längst über die Welt und Bedeutung im Rahmen der proletarischen Literatur hinausgewachsen. Er gehört zu den wenigen, die begründet Anspruch auf den Nobelpreis für Literatur erheben können. Seine großen Romane „Pelle der Eroberer“ und „Eine Menschenknecht“ zählen zu den epochemachenden Werken der Weltliteratur. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Bader-Gilde Gutenberg jetzt einen Band Romane herausgebracht hat: Proletarierromane, in Leinen gebunden, Preis 2,70 Mk.

Was jeder Arbeiterfreund von der Gesundheits- und Sozialgesetzgebung wissen sollte. Ein Ratgeber in Frage und Antwort von Dr. Walter Lauffig. Oberregierungs- und Obermedizinalrat am Polizeipräsidium Berlin. Verlagsanstalt „Konier“, G. m. b. H., Berlin SO 16, Mühlentorplatz 4. Organisationspreis 1 Mk. Ein Buch, durch das sich jeder Arbeitnehmer schnell und zuverlässig über die wichtigsten Fragen und Aufgaben der Gesundheits- und Sozialgesetzgebung unterrichten kann, auch für Laien zweckmäßig sehr zu empfehlen. Ein ausführliches Sachregister erleichtert die Benutzung des reichhaltigen Buches.

Die „Arbeiter-Reise- und Wanderführer“. Erschienen in Dieß-Verlag, 418 Seiten. Mit zahlreichen Abbildungen und Orientierungskarten. Preis 2 Mk. Mit der Herausgabe dieses „Arbeiter-Reise- und Wanderführers“ hat sich der hiesige Partei-Zentralrat ein unzweifelhaftes Verdienst erworben. Denn was hier vorgelegt wird, ist nicht nur ein brauchbarer und praktischer Reise- und Wanderführer für den Wanderer, sondern das Werk spiegelt ein Stück Arbeiterkultur wider, auf das die deutsche Arbeiterbewegung stolz sein darf.

In der April-Ausgabe der Monatszeitschrift „Die Bader-Gilde“ kündigt diese Gewerkschafts-Zeitschrift die Ausgabe der 50 besten Bücher des Jahres 1931 an. Gewünscht wurde, neue Werbepremien an, ferner die Herausgabe des Eintrittsgeldes von 75 auf 50 Pf. und die Erneuerung, daß künftig alle Bücher in der Bader-Gilde in jedem Monat kostenfrei zu sein.

Chemische Industrie

Ivar Kreuger als Betrüger und Bilanzfälscher.

Als vor einigen Wochen der schwedische Zündholzkönig Ivar Kreuger sich durch die Flucht aus dem Leben seinen finanziellen Schwierigkeiten entzog, war das Aufsehen in der ganzen Welt groß. Und trotzdem erregte sein tragisches Geschick in den Reihen der Kapitalisten, trotz der Schwierigkeiten, die es für sie im Gefolge hatte, noch Mitleid, zum Teil sogar Sympathie. Ja, man verfuhrte sogar, nicht Kreuger, sondern den ungünstigen Weltwirtschaftsverhältnissen die Schuld des Kreugerischen Zusammenbruchs zuzuschreiben. So war Kreuger zwar ein gestürzter Finanzkönig, aber einer, um dessen Haupt immer noch der Glorienschein kapitalistischer „Übermenschen“ schwebte. Das Drama Kreuger, dessen letzter Akt gekommen schien, hat überraschenderweise einen weiteren Akt zur Folge gehabt, einen Schlusssatz, der das Entsetzen der kapitalistischen Welt um vieles über den Tod Kreugers hinaus steigert. Dieser Kreuger war nicht nur ein großer Wirtschafts- und Finanzgenie, das von der Ungunst der Zeit verfolgt wurde, sondern, wie sich jetzt in der schonungslosesten Weise herausstellt, ein Betrüger und Finanzschwindler, wie ihn die Welt seither noch nicht gesehen hat. Kreuger scheint eben auf allen Gebieten ein „Übermensch“ gewesen zu sein. Groß im Geschäftemachen, in Finanztransaktionen, im Zusammenbruch, aber auch im Schwindel.

Die Menschen, die den zertretenen Ameisenhaufen von Geschäftsinteressen, die Kreuger hinterließ, zu entwirren hatten, haben kein leichtes Spiel. Kaum ein Stein der Kreugerischen Unternehmungen wird nach der jetzigen Übersicht auf dem anderen bleiben. Das von Kreuger errichtete Mammutgebilde zerfällt in viele kleine Gruppen. Das fast ausschließlich von seiner Hand geleitete Unternehmen ist äußerst unübersichtlich. Die Überprüfung bereitet große Schwierigkeiten. Ein großer Stab von Fachleuten ist um eine Klärung seit Wochen bemüht. Das Resultat, das diese Untersuchungen gezeitigt haben, ist trostlos. Wie eine Bombe schlägt nunmehr der Revisionsbericht der englischen Firma Price u. Waterhouse, einer Firma, die seit Jahren in allen Ländern der Welt wirtschaftliche Augenzwänge ausmisst, über das Ergebnis ihrer Untersuchung ein. Besagt doch dieser Bericht folgendes:

„Es steht außer Zweifel, daß sowohl die Bilanzrechnung von Kreuger u. Toll vom 31. Dezember 1930 als auch die dem Jahresbericht desselben Jahres beigefügte sogenannte konsolidierte Bilanzrechnung, obwohl sie mit den Büchern übereinstimmen, doch ein sehr unrichtiges Bild von der wirklichen Finanzlage der Gesellschaft geben. Auf Grund persönlicher Anweisungen des Ingenieurs Ivar Kreuger selbst sind in den Büchern Eintragungen vorgenommen, durch welche alle Schulden Ivar Kreugers an die Gesellschaft und den nachstehenden Gesellschaften oder Tochtergesellschaften eliminiert worden sind, während andererseits die Schulden der Gesellschaft selbst an andere nachstehende Gesellschaften verschwunden sind oder Aktiva in bedeutender Höhe fälschlich ausgewiesen wurden. In anderen Fällen muß angenommen werden, daß besondere buchmäßige Aktiva entweder übertrieben hoch angelegt oder gar nicht vorhanden oder in den Büchern nachstehender Gesellschaften ebenfalls aufgeführt sind. Wenn überhaupt irgendwelche realen Werte hinter diesen Buchungen zu finden sind, so sind sie jedoch in mehreren Fällen unter irreführenden Bezeichnungen in den Büchern aufgeführt worden.“

Damit ist zugegeben, daß die letzte Bilanz des Konzerns von Kreuger gefälscht wurde, daß er wissenschaftlich seit Jahren die Welt an der Nase herumgeführt hat. Kreuger, der markanteste Kopf des modernen Kapitalismus, als Fälscher und Betrüger, der Nationalheld Schwedens, der Mann, den alle Welt für eine unsterbliche Größe des internationalen Wirtschaftslebens hielt, als Hasardeur! Das ist zuviel für den Kapitalismus.

Wie war es möglich, daß Kreuger innerhalb seines Riesenkonzerns mit einer solch ungeheuren Macht herrschen konnte? Weil er gerissener war als alle großen Schieber der letzten Zeit. Neben der Aktienmajorität, die er besaß, verstand er es glänzend, seine sämtlichen Mitarbeiter in Abhängigkeit zu halten. Die Direktoren waren nur Aktrappen, zur Repräsentation bestimmt. Er wählte sie aus den Reihen seiner Jugendfreunde, aus seinen früheren Mitarbeitern, die ihm blindlings gehorchten.

Es muß noch geklärt werden, ob diese Menschen nicht zum größten Teil Mitschuldige, wenn zum Teil vielleicht auch nur Werkzeuge bei den Fälschungen Kreugers gewesen sind. Die Folgen dieses neuen Skandals sind unübersehbar. Kreugeraktien fallen an allen Börsen der Welt mit rasender Geschwindigkeit. Die Aktienbesitzer versuchen ihre Papiere abzustößen. Die Banken werden bestürmt. Die Vertrauenskrise wird eine weitere Verschlechterung erfahren. Wundert sich der Kapitalismus darüber, daß heute ungeheure Werte lieber nutzlos verfaulen werden (Sortung nennt man das verschämt), wenn selbst die erhabensten Größen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ein so tiefes moralisches Niveau aufweisen, daß sie sogar vor Betrug und Schwindel nicht zurückschrecken?

Ein Skandal folgt dem anderen. Mit vollem Recht sagt P. Potker im „Achtuhr-Abendblatt“:

„Die Gegner des Kapitalismus haben in der letzten Zeit mehr praktisches Material durch den Kapitalismus selbst erhalten, als die Phantasie und Formulierungskraft von Karl Marx auf theoretischer Basis zu schaffen vermochte.“

Schlag auf Schlag sauft in der letzten Zeit auf das kapitalistische System herab. Immer offener wird, daß hier nicht nur die Weltwirtschaftskrise die Ursache der allgemeinen Vertrauenskrise ist, sondern, daß die moralische Qualifikation vieler unserer sogenannten Industrieführer einen großen Teil Schuld an den Verhältnissen trägt. Nur durch die Verwilderung des heutigen Aktienrechtes und der modernen Trust- und Konzernbildung sind Erscheinungen eines Kreuger, Rahusen, Kagenellenbogen usw. möglich.

Unser heutiges zum großen Teil auf Kredit aufgebautes Wirtschaftssystem, die Möglichkeiten des hochentwickelten Effekten-Kapitalismus, die Konzentration zu Riesenwirts-

chaftsgebilden bilden den günstigen Treibhausboden für das Emporkommen dieser Menschen. Sie spielen mit Menschenleben, Geld und Produktionsstätten. Sie spekulieren mit dem Besitz und Eigentum vieler Menschen in der leichtsinnigsten Weise und bekommen dafür, wenn die Sache schief geht, lächerlich geringe Strafen. In unserer heutigen privatkapitalistischen Wirtschafts- und Geschäftsmoral liegt geradezu ein Anreiz zu solchem Tun.

Ein Arbeiter, der aus Not stiehlt, der im politischen Kampf irgendwie in die Maschen des Gesetzes gerät, wird nach der Strenge des Paragraphen von der vollen Härte der Gesetze getroffen. Industriekapitäne, die hundert Millionen um die Ecke bringen, erhalten lächerlich geringe Strafen und können in den meisten Fällen ein komfortables Leben weiterführen. Muß man sich da wundern, wenn das Vertrauen schwindet, wenn sich niemand mehr findet, der sein Eigentum aufs Spiel setzen will.

Als die Gebrüder Rahusen vor einiger Zeit durch ihr skandalöses Geschäftsgebaren eine Millionenpleite verursachten, ging eine Flut der Erregung durch Deutschland. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, als Hüterin der Schwerindustrieinteressen, glaubte feststellen zu müssen, daß nur einige 70 Millionen verlorert worden seien. Sie mußte sich inzwischen allerdings revidieren und zugestehen, daß es doch immerhin vorläufig 179 Millionen Mark sind. Dieselbe Zeitung, die gegen die Sozialpolitik und gegen die Arbeiterschaft bis zum Erzeß heßt, glaubt also eine Pleite von über 70 Millionen Mark als entschuldigbar bezeichnen zu können. Natürlich sind für die „Bergwerkszeitung“ die Schuldigen an diesem Skandal schließlich immer die Arbeiter, die durch ihre Lohn- und Sozialpolitik die Wirtschaft so zerrüttet haben. Nicht die Unternehmer, nicht Leute wie Kreuger, verursachen die Vertrauens- und Kreditkrise, sondern die Arbeiterschaft. In welcher Weise die Arbeiter zur Kredituntergrabung beitragen, zeigt die obengenannte Zeitung, die den sozialpolitischen Märgen eines Horneffer in ihrer Nummer vom 31. März 1932, in einem Artikel „Ankurbeln allein genügt nicht“ eine neue Gemeinheit anfängt. Der Artikelschreiber, unterzeichnet „reu“, bringt es fertig, u. a. zu schreiben:

„Sogar im Lager der Sozialisten wird anerkannt, daß der Krise mit dem Problem einer noch so gut gesteuerten Inflation nicht beizukommen ist. Auch dort fürchtet man die unter Umständen schwerwiegende Reaktion auf solche Experimente. Vergessen wir nicht, daß in den kritischen Julitagen 1931 es Arbeiterfrauen waren, die nach verschiedenen Erhebungen die Juwelierläden gestürmt und goldene Uhren usw. als Sachwertanlage im Duzend gehamstert haben. Die psychologische Welle als Reaktion einer nicht ausbalancierten Maßnahme auf währungspolitischem Gebiete wird immer durch die unwissenden Massen zu Katastrophsbewegungen führen.“

Man weiß nicht, was man angesichts solcher geistigen Ergüsse glauben soll. Entweder sind die Unternehmer wirklich so dumm und sie halten diese Ansichten für wahr, oder aber sie erkennen die wahren Quellen unserer Wirtschaftskrise und benutzen diese Ausreden nur, um die Schuld von sich abzuwälzen und die Arbeiterschaft zu diskreditieren und zu verleumdern. In beiden Fällen ist das System gleich faul und reiß zum Absterben. Fälle wie Kreuger und andere zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die Verwilderung und den moralischen Zustand der heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsführung. Alles, was zur Rettung dieses Systems unternommen wird, kann nur Flickarbeit auf Sicht sein. Die endgültige Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird und muß kommen. Der Fall Kreuger ist deshalb mehr als ein persönlicher Fall, er ist ein Symptom, eine neue ungeheure Anklage gegen den Kapitalismus.

R. Segerer.

Zwei Todesopfer in der Farbenfabrik Wolsen.

In der Farbenfabrik Wolsen, zur I.G. Farbenindustrie gehörend, verunglückten am 2. April d. J. beim Verladen von Stickstoff zwei Arbeiter tödlich, und ein dritter trug eine schwere Fußverletzung davon. Der Stickstoffdünger konnte im Silo mit den Dreierfen nicht erfasst werden. Einige Arbeiter unterhöhlten die Mäße, so daß die oberste Partie nachstürzte. Beim Einstürzen wurden die zwei Arbeiter getötet, und der dritte wurde schwer verletzt. Nach uns gewordenen Mitteilungen hat der Betriebsratsvorsitzende den Gewerberat schon einige Tage früher auf die Gefährlichkeit des Abbaues aufmerksam gemacht. Trotzdem wurde so weitergearbeitet, was zwei Arbeiter mit dem Tode bezahlen mußten.

Das Unterhöhlen fester Massen ist im allgemeinen verboten. Wenn trotzdem so gearbeitet wird, ist das ein schwerer Verstoß gegen die betrieblichen Vorschriften, so daß derjenige, der diese Arbeit angeordnet hat, straffällig ist.

Es kann die Frage aufgeworfen werden, ob die Arbeiter nicht zu leichtfertig gearbeitet hätten. Unternehmer und Berufsgenossenschaften sind ja nur zu leicht geneigt, bei solchen Unglücksfällen den zu Tode gekommenen Arbeitern die Schuld zuzuschreiben. Wir wissen aber, daß den Arbeitern nichts weiter übrig bleibt, als den Anweisungen der Vorgesetzten nachzukommen, anderenfalls werden sie wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung entlassen. Das wollen die Arbeiter schon in früheren Zeiten nicht auf sich nehmen; in heutiger Zeit bedeutet eine solche Entlassung für den Arbeiter dauernde Arbeitslosigkeit, also langsame Verhungern. Gelegenheit kommt uns folgendes in Erinnerung:

In der Vorkriegszeit kamen in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen am Rhein einige Arbeiter beim Verladen von Schwefelkies zu Tode. Der festgelagerte Schwefelkies wurde auf Anweisung eines Vorarbeiters ebenfalls unterhöhlt. Wir stellten diese Tatsache in der Zeitung fest. Der Gewerbeaufsichtsbeamte in Speyer prüfte die Sachen nach, wobei ihm in der Fabrik erklärt wurde, daß ein Vorarbeiter einer Anweisung zu solcher Arbeitsweise nicht gegeben hätte. Der Gewerberat teilte uns das persönlich mit. Wir waren nunmehr gezwungen, die in Frage kommenden Arbeiter zu benennen. Der Gewerberat ging vorsichtig an diese Leute heran, um die Wahrheit zu ergründen. Die Arbeiter erklärten ihm aber, daß sie die Angaben in der Zeitung, wonach ein Vorarbeiter sie beauftragt habe, den Schwefelkies zu unterhöhlen, nicht gemacht hätten, und daß diese Angaben auch nicht zuträfen. Das wurde uns von dem Gewerberat wieder persönlich mitgeteilt. Noch bevor der Gewerberat unser Verbandsbüro betraf, hatte bereits ein Arbeiter bei uns vorgesprochen, der den Sachverhalt schilderte und erklärte: „Die betreffenden Arbeiter erklären, daß ihre ersten Angaben, wie sie in der Zeitung veröffentlicht waren, richtig sind, sie aber dem Gewerberat das nicht eingestehen konnten, weil sonst ihre Entlassung erfolgt wäre.“ Am Abend desselben Tages nahmen wir mit den drei oder vier Arbeitern, die bei dieser Arbeit mitbeteiligt waren und beim Un-

glück zugegen gewesen sind, nochmals Rücksprache. Sie erklärten nunmehr insgesamt, daß alle ihre Angaben richtig wären; daß sie aber dem Gewerberat gegenüber unmöglich das eingestehen könnten, denn sie müßten mit ihrer Entlassung rechnen, wenn sie ihre Angaben aufrechterhielten. Bei der damaligen Einstellung des industriellen Arbeitsnachweises in Mannheim, der die Arbeiter in Ludwigshafen mit zu vermitteln hatte, hätte eine Entlassung eine dauernde Arbeitslosigkeit für diese Arbeiter bedeutet. Durch die Hungerpeinliche wurden die Arbeiter damals veranlaßt, von der Wahrheit abzuweichen. Wir dürfen auf diesen Fall, der nicht vereinzelt dastehen wird, zurückgreifen, denn der damalige Gewerberat, heute in höherer Regierungsstelle in Bayern tätig, hat mit dem Schreiber dieser Zeilen nach dem Krieg die Angelegenheit noch einmal durchgesprochen. G. S a u p t.

Papier-Industrie

Unfallverhütungs-Erfolge in der Zellstoff-Fabrik Waldhof.

Ein außerordentlich starkes Anwachsen der Unfallzahlen in der Zellstoff-Fabrik Waldhof in Mannheim im Jahre 1926 veranlaßte die Betriebsdirektion, den Ursachen der Unfälle nachzugehen und Abhilfemaßnahmen zu erwägen. Es wurde eine Unfallverhütungskommission gegründet, die sich aus Mitgliedern des Betriebsrates und Vertretern der Direktion zusammensetzt.

Die Tätigkeit dieser Kommission, die mit Ablauf des Jahres 1931 fünf Jahre lang ihre Funktionen ausübte, muß sowohl im Interesse der Arbeiterschaft als auch des Betriebes als recht erfolgreich bezeichnet werden, wie folgende Übersicht über Unfälle und Belegschaftsstärke

gewährt einen Einblick über die unfallverhütende Tätigkeit dieser Kommission:

Jahr	Belegschaftsstärke	Unfälle	Unfälle in Prozent der Belegschaftsstärke
1926	1932	384	20
1927	1923	295	15
1928	1941	368	19
1929	1842	271	14
1930	1839	205	11
1931	1472	133	9

Es zeigt sich, daß durch die Tätigkeit der Unfallverhütungskommission der prozentuale Anteil der Unfälle an der Belegschaftsstärke von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist.

Art der Unfälle.

Folgende Zusammenstellung der Unfallzahlen der letzten drei Jahre zeigt, daß die Unfälle mit schweren gesundheitlichen Nachteilen und erheblichen Beschränkungen der Arbeitsfähigkeit zugunsten der betroffenen Arbeitnehmer möglichst verhütet werden konnten:

Jahr	Art der Unfälle	leichte	schwere	tödliche
1929		267	4	—
1930		201	3	1
1931		128	4	1

Selbstverschuldete Unfälle.

Bei ihrer Gründung hatte sich die Unfallkommission ein Schema zurechtgelegt, das die Unfälle nach der Art ihrer Entstehung erfasst und registriert. Neben Unfällen durch höhere Gewalt und unvermeidbare Ursachen, durch mangelhafte Schutzvorrichtungen oder unvollkommene Betriebseinrichtungen, durch ungenügende Eignung des Arbeitnehmers usw. wurden besonders auch die Unfälle erfasst, bei denen eine mangelnde Vorsicht des Unfallschädigten den Unfall verursachte oder Mitarbeiter die Schuld an dem Unfall trugen.

Durch Betriebsbesichtigungen und Kontrolle der technischen Produktionsmittel ist es der Kommission gelungen, die sogenannten unvermeidbaren Unfälle herabzudrücken. Erfreulicherweise hat aber auch die von uns seit Jahren für die Papiererzeugungsindustrie im allgemeinen geforderte Aufklärung unter der Arbeiterschaft über Unfallverhütung in der Zellstoff-Fabrik Mannheim zu recht guten Resultaten geführt.

Der Aufklärungsarbeit dieser Unfallkommission ist es gelungen, die sogenannten selbstverschuldeten Unfälle von Jahr zu Jahr immer mehr herabzudrücken. Dazu beigetragen hat selbstverständlich auch eine Auslese unter der Arbeiterschaft, indem körperlich oder geistig ungeeignete Arbeiter von gefährbringenden Arbeitsverrichtungen immer mehr ferngehalten wurden.

Das Ergebnis dieser Tätigkeit zeigt sich in folgenden Zahlen:

Jahr	Von den Unfällen waren selbst verschuldet in Prozent
1928	56,6
1929	44,6
1930	41
1931	37

Sonstige Unfallverhütungsmaßnahmen.

Die Bemühungen der Unfallverhütungskommission, durch Bereitstellung von geeigneten Hilfsmitteln bei vorkommenden Unfällen schnell helfend einzugreifen, wurden im Jahre 1931 ebenso erfolgreich fortgesetzt wie die Ausbildung von Sanitätspersonal bei besonderen Unfällen. Hervorzuheben ist die Ausbildung von 16 der freiwilligen Feuerwehr angehörenden Arbeitnehmern im Sanitätsdienst und besonders im Gaschutz. Im gesamten Betriebe wurden Gaschutzschranke mit Gasmasken zum Schutz gegen Chlorgas aufgestellt und ein besonderer Rettungswagen mit Sanitätsmaterial und Gaschutzgeräten ange schafft. Durch besondere Übungen (Alarm) wurden die Sanitätsmannschaften auf vorkommende Fälle eingearbeitet.

In besonders gefährlichen Punkten wurden Warnungstafeln errichtet und beim Nachtschichtbetrieb die Gefahrenstellen, besonders im Eisenbahnbetrieb (Fabrikbahn), durch rote Signallampen kenntlich gemacht. Auch sonst wurde, durch bessere Beleuchtung usw., versucht, die Unfallgefahren an den einzelnen Betriebsstellen immer mehr zurückzudrängen.

Im großen und ganzen betrachtet, kann die Tätigkeit der Unfallverhütungskommission in der Zellstoff-Fabrik Waldhof als sehr erfreulich und nachahmenswert für alle übrigen Betriebe der deutschen Papiererzeugungsindustrie bezeichnet werden. G. Stübler.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Unilin

15. Fortsetzung.

Selbstverständlich mußten sich die Löhne der Hand- und Kopfarbeiter den veränderten Lebensverhältnissen anpassen. Niemand konnte verlangen, daß bei zwar langsam, aber ständig steigenden Preisen der täglichen Bedarfsartikel der Stunden- oder Tagelohn der Arbeiter derselbe blieb. Trotzdem fehlten die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter wachsenden Widerstand entgegen.

Zum Nehmen, ja, dazu waren sie immer bereit. Aber wenn es zu geben galt, hielten sie ihre Geldsäcke unter allen möglichen jadenheimigen Begründungen zu. Das verstärkte natürlich wiederum nur den Widerstand der Arbeiter. Die zum Zwecke der Verbesserung der Lage der Arbeiter gegründeten Berufsorganisationen, die Gewerkschaften, konnten erhebliche Mitgliederzunahme verzeichnen. Dort, wo bereits gut geschulte, aktionsfähige Organisationen vorhanden waren, wie bei den Buchdruckern, waren sichtbare Erfolge aufzuweisen.

Auch die Politik kam mehr und mehr unter den Einfluß der Wirtschaft. Große Parteien wurden von den Industrieherrn und Höfensfürsten unterstüzt. Ihre Vertreter verstanden es, überall in wichtigen Posten unterzukommen. Es gab fast kein Ressort in der Politik, in dem sie nicht das geheimnisvolle Omen ihrer finanziellen Macht wirken ließen. Selbst der bisher allein herrschende Adel und der Großgrundbesitz mußten einen guten Teil ihrer Macht an das neu emporkommende Geldmagnatenium abtreten.

Eine solche Umwandlung der ökonomischen und politischen Struktur eines Landes hatte natürlich auch rückwirkende Kraft auf die Arbeiterklasse. Besonders in den Städten wurden sich immer mehr Arbeiter ihrer Lage und Klasse bewußt. Ihre Forderungen und Wünsche wurden von der mächtig aufstrebenden Sozialdemokratie in den offenen politischen Kampf getragen. Erregte politische und wirtschaftliche Debatten spielten sich damals in den Parlamenten ab. Der dritte Stand, das Proletariat, erwachte, und mancher einsichtige bürgerliche Politiker sah voller Sorge die Sturmzeichen am politischen Himmel Europas aufleuchten.

Gar oft, wenn die Arbeiterklasse an besonderen Tagen ihre Kampfpapieren auf die Straße trug, verfluchten die Rauchfahnen von den Kaminen der Fabriken, und statt dessen flatterten die Sturmflaggen unter dem ehernen Marschschritt einer immer größer werdenden, für ihre Ziele demonstrierenden Arbeiterarmee.

Auch Peter und Stephan waren schon längst im Verbande und in der Partei. Nach Feierabend kam Stephan oft zu Peter in die Wohnung. In den langen Winterabenden, wenn keine Überstunden zu machen waren, diskutierten sie dann stundenlang über Politik.

Dem hitigen Stephan dauerte es immer zu lange, bis irgendein Erfolg für die Arbeiterklasse sichtbar wurde. Er vertrat den Standpunkt, daß zu allererst die materielle Besserstellung der Arbeiter erkämpft werden müsse. „Erst mehr Lohn“, erklärte er überzeugt, „mehr Brot, bessere Kleidung, kürzere Arbeitszeit; alles andere ist Schmus gelehrter Unversitätsmenschen. Was brauchen wir nicht. Was haben denn wir Proleten mit Wissenschaft, Philosophie und all dem gelehrten Krampf zu tun? Ich frage dich, Peter: Was haben wir bloß damit zu tun? Gar nichts, rein gar nichts! Hier — besseres Futter, damit es Schmalz in die Knochen gibt! Nicht wahr, Frau Goshler? Hab' ich recht oder nicht recht?“ wandte er sich an Peters Frau, wenn er glaubte, gut gesprochen zu haben.

Die lächelnde meißt nur still vor sich hin und strickte emsig an ihrem Strumpf weiter. Sie mischte sich nicht in solche Dispute.

„Nein, du hast nicht recht, oder nur zum Teil“, erwiderte Peter überlegen. „Mehr Lohn, mehr Brot, bessere Kleidung — freilich brauchen wir das. Aber das kommt alles nicht von selbst und erst recht nicht durch Gewalt. Es ist auch keiner da, der es den Arbeitern schenkt. Das muß alles erst erkämpft, unseren Gegnern, den Kapitalisten, abgetrotzt werden. Dazu brauchen wir eine enge, geschlossene, gut organisierte, disziplinierte Arbeiterklasse. Dies geht wieder voraus, daß jeder Arbeiter die politischen und wirtschaftlichen Probleme erkennen, begreifen lernt; denn nur der Arbeiter, der politisch geschult ist, der denken gelernt hat, der alles wirtschaftliche und politische Geschehen in seinem uralten Zusammenhang begreift, wird ein guter Kämpfer sein. Er wird sich organisieren, wird Opfer bringen, Solidarität üben, weil er weiß, daß er ein Teil der Kraft ist, die ganz allein imstande ist, den Mächten des Kapitalismus wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Und solche, die das nicht begreifen, werden sich auch nicht organisieren, keine Opfer bringen, keine Solidarität üben. Ich Gegenüber. Sie fallen ihren Klassengegnern täglich in den Rücken, weil sie von ihrem Unverständnis, ihrem verblühten Denken nicht loskommen. Deshalb müssen diese Arbeiter zuerst aufgeklärt werden; wir müssen sie nachrücken, logisch denken lehren. Die ganze Arbeiterklasse muß gewissermaßen erst ihren Geist entdecken, aus den Niederungen der Unwissenheit, aus dem Sumpfe der Interesslosigkeit herausgehoben und geistig und kulturell auf eine höhere Stufe menschlichen Seins gebracht werden. Dann erst wird sie erwachen und die Dinge dieser Welt begreifen lernen. Eine solche geistig gewackelte Arbeiterklasse wird erst die Kraft erkennen, die in ihr wohnt. Sie wird die ganze Macht ihrer Einigkeit und Geschlossenheit, die ungeheure unumwiderrliche Kraft ihrer organisierten Macht dem Kapitalismus entgegenwerfen, und der Erfolg wird sein — mehr Lohn und Brot, wie du sagst, überhaupt bessere Lebensmöglichkeiten. Du siehst, Stephan, ich komme zum gleichen Resultat. Nur wird meine Marschstraße länger, beschwerlicher, mühseliger als deine. Der Kampf dauert länger, wird aber am so zäher und härter sein, daß er von viel weniger Rückschlägen begleitet sein wird. Wie willst du denn schon das Kapital angreifen, wo du deine Truppen noch nicht mal in der Hand hast, wo sie noch nicht ausgerüstet sind, keinen Willen zum Kampf haben? Wie willst du zum Beispiel da drüben in der Fabrik streiken, um mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit zu erreichen? Die Läden dich heute noch an, lassen dich fallen, wenn es ernst wird, oder gehen zum Feinde über. Willst du allein springen, dir den Schuß abgeben?“

„Ich weiß — ich weiß, Peter“, meinte Stephan dann ab. „Wenn du aber warten willst, bis diese Kohldämer das begreifen, Mensch, verfluch' mich doch! Das werden die nie erkennen; da weiß ich ein zu allem entschlossener Führer an die Spitze stellen und die Sache vorwärtsstreifen. Ich weiß, wenn draußen in der Fabrik ein Dutzend die Courage hätte, von morgen, von übermorgen an verlangen wir zehn Pfennig mehr pro Stunde, kürzere Arbeitszeit, anderenfalls legen wir die ganze Wunde still, keiner würde da zurückweichen, keiner.“

Peter meißt — ach, Mensch, jetzt wird aber bei dir Berührung zum Kampfe. Ich habe dir ja vorher gesagt, ansetzen würden sie dich. Aber angenommen, du hättest recht. Wie fordern zehn Pfennig mehr, die Fabrik lehnt das ab, und sie würde das ablehnen, denn sie weiß ja noch besser als wir, daß mit unserer Macht noch nicht viel getan ist. Sie würde ihre Gegenmaßnahmen treffen, Streikbrecher einstellen.“

„Wir würden sie einfach nicht reinlassen“, unterbrach Peter. „Denn käme die Polizei, die bürgerliche Schreyre würde Alarm schlagen, der Sonnabend käme und kein Geld — Mensch, Stephan, begreife doch, am Ende werden sie uns verprügeln und dann für noch viel weniger Geld und längerer Arbeitszeit in die Fabrik laufen als vorher.“

Stephan fuhr dann immer auf: „Dann gehört's ihnen nicht besser, den Dummköpfen! Ich sage dir, die Proleten sind es gar nicht wert, daß sie sich einer für sie einsetzen, die wollen ja im Elend feckenbleiben.“

Roman von Fritz Vollmar

„Eben deshalb müssen sie erst aufgeklärt werden“, erwiderte Peter erneut. „Ich sagte dir ja schon, die Arbeiter müssen erst geistig geweckt, sozusagen reif für ihre Klasse gemacht werden.“

Immer, wenn sich Stephan überführt fühlte, klopfte er ärgerlich seine Pfeife aus, erhob sich und spottete im Vorangehen: „Dann warte nur ruhig, bis sie alle aufgeklärt sind, Peter. Meinetwegen warte hundert Jahre. Ich geh heim, lege mich schlafen.“

„Du bist ein Hühnerkopf, mit dir ist über solche Probleme nicht zu diskutieren“, antwortete Peter nachdenklich.

Ihm war das nicht zum Witzmachen. Manchmal sah er halbe Nächte wach über irgendein Buch gebugt. Er grübelte und suchte überall nach Wahrheit und Wissen. Ihn hungerte förmlich nach Wissen; aber soviel er auch in Büchern kramte, Vorträge besuchte: er begriff so vieles nicht — er begriff es nicht! Er hatte ja niemanden, der ihm half, ihm erklärte. Nein, er mußte sich allein aus der Not seiner aufgewühlten, verwirrten Seele heraushelfen. Die theoretischen Probleme aus den Büchern waren ihm ja schon ziemlich geläufig. Mitunter glaubte er alles klar übersehen zu können. Kam er wieder in die Fabrik, war alles wieder dunkel und trübe. Dann packte ihn wieder die Nutzlosigkeit. Er hatte immer noch seine kleinen, täglichen Kämpfe mit Scherling zu bestehen. Dessen Geschrei und Nadelstiche war er fast gewöhnt. Dazu kam aber noch der Kampf mit dem Unverständnis seiner Kollegen. Wie mußte er sich in acht nehmen, damit er nichts verkehrt machte, sich nicht vergaß. Er durfte nicht frei auftreten, seine Gesinnung nicht kund tun.

Scherling hatte ihn in den Packraum verlegt. Peter hatte ein gutes Gedächtnis, war gewandt im Lesen und Schreiben. Deshalb hatte er die ins Ausland gehenden Risten und Pakete zu adressieren, mit ausländischen Schriftzeichen zu bedrucken. Trostdem übergab ihm Scherling und der Strohmann zum Vorarbeiter. Peter war länger in der Fabrik als dieser, auch geschickter und fleißiger. Alle Kollegen sagten das.

„Da kann man sehen, daß alles Schwindel ist, wenn's heißt, fleißige und fleißige Arbeiter könnten vorwärts kommen in der Fabrik“, entrüstete sich der alte Schorsch, als er das hörte. „Wie beim Kommiss ist es. Die Dummköpfe und die wo schön-schmufen können, werden über die anderen gesetzt, damit sie bei der Stange gehalten werden. Tröste dich mit mir, Peter. Ich bin schon zwanzig Semester in der Zementsmühle und habe es zu nichts gebracht, als zu einem roten Schnurrbart“, schloß er kichernd. „Wer gut schmirt, der gut fährt“, meinte selbst Frau Goshler.

Peter mußte sich fügen, konnte nichts dagegen machen. Im Gegenteil. Er mußte sich nur noch mehr ärgern und Jörn einstreifen. Strohmann war ja nun sein Vorgesetzter.

Das schlimmste war ihm jedoch, daß er seine Gesinnung verbergen mußte. Es kam ihm gerade so vor, als ob jemand von ihm verlange, er solle sich selbst unsichtbar machen und doch seinen Platz ausfüllen. Und wie sehr er sich auch zusammennahm, sie wußten es doch, daß er ein Kofler war. Er brachte es einfach nicht fertig, dort, wo der Unverständnis gar zu kraß sich breitmachte, nicht aufklärend zu wirken. Dabei geriet er natürlich immer in Gegensatz zur herrschenden Meinung über die Fabrik. Er häufte sich streng, das Wort „Partei“ oder „Gewerkschaft“ zu nennen. Er sagte eben alles auch nur vom engen Standpunkt seiner eigenen, engen Umgebung auf, konnte selbst nicht so recht mit seinen Gedanken in das Wesen des Kapitalismus und seinen Problemen eindringen.

Freilich — seine Kollegen sagten: „Der Goshler ist keiner von den Dummen, der hat Größe im Kopf, mehr, als wir alle.“ Sie hatten Achtung und Respekt vor ihm, und mancher wandte sich um Rat und Auskunft an ihn. Allgemein hieß es, wenn einer irgendeine Differenz wegen Lohn oder sonst was hatte: „Geh zum Goshler, der weiß Bescheid!“ Leider mußte Peter mühsamer die Erfahrung machen, daß man ihn hinterher verleugnete oder gar noch böse antrieb.

Die Fabrik hatte sich glänzend entwickelt. Ihre Anlagen bedeckten immer mehr gute Flächen fruchtbaren Ackerbodens. Immer neue Kamine wurden in den Ather gemauert, deren dicke, qualmige Rauchfahnen sich in die Höhe und Rache drehten, prächtig und fest, gerade als wenn ein reicher Festschloß in seinem Polsterstuhl saul und träge, dicke, blaue Rauchwolken aus seiner schweren Havanna in die Luft bläst. Forschungsbegeisterte Chemiker hatten eine Anzahl neuer Produkte und Farben hergestellt, die dann in großen Mengen in die ganze Welt verandt wurden. Besonders die neuen Schwefel- und Säurefarben eroberten sich unerwartet rasch den Weltmarkt. Die deutsche Farbenindustrie war zu einer Weltindustrie emporgestiegen. Venedig wurde sogar versucht, chemische Produkte der Medizin dienstbar zu machen.

Kein Wunder, wenn die Fabrikherren von Jahr zu Jahr mehr an Reichtum gewannen. Ein wahrer Goldstrom floß ihnen aus aller Herren Länder zu. Das stärkte logischerweise auch das Machtbewußtsein ihres Herrtums, ihre Stellung in Staat und Wirtschaft.

Zwar erhielten auch die Arbeiter einen geringen Anteil vom Gewinn aus ihrer harten, schmutzigen Arbeit. Ihr Stundenlohn erhöhte sich fast mit jedem neuen Jahre um ein paar Pfennige. Aber es war nur ein Bruchteil dessen, was sie erarbeiteten, und hielt kaum stand mit der steigenden Lernerung und Geldentwertung.

Sonst hatte sich bei ihnen und an ihrem harten Lose nichts geändert. Die Arbeitszeit blieb dieselbe, die Arbeit wurde auch nicht realischer. — Der alte Schorsch war noch so rot und goldgelb gemustert im Gesicht wie vor zehn Jahren, wenn er mittags in der Menageküche seine Erbsen-, Linsen- und Bohnensuppe verzehrte. Der Kohlkampfspeißer sammelte ebenfalls noch die übrig gebliebenen Sappentreste. Scherling räpionierte noch genau so wie früher im Farbenlager. Stöhrer brüllte seinen Militärbarock ebenfalls noch durch den ganzen RH2-Raum und Platzweiser Jürgens rumpelte noch zwischen den Salzwagen umher wie damals, als er Peter Goshler und Stephan Purzell einstellte. Bei Herrn Jürgens hatte sich allerdings etwas geändert. Er brachte nicht mehr seine vorzügliche Menage vor dem Fabrikator lobend anzurufen. Ob er keinen Hundchen noch davon gab, wußte vielleicht nur er selbst. Es wurden nämlich nur noch selten Arbeitskräfte eingestellt, und dann bloß, wenn der Kame imstande war, einen oder mehrere Fürsprecher zu benennen. Man wollte sich dadurch die roten Elemente vom Loh fernhalten. Dafür kommandierte Jürgens jetzt mehr zwischen den Salzwagen umher. In fast allen Betrieben wurde ja immer mehr von den Arbeitern verlangt. Das Arbeitstempo begann häufiger, schneller zu werden. Das lag teilweise mit in Produktionsprozess. Immer schneller laufende, größere und präziser arbeitende Maschinen wurden erfunden und in Betrieb genommen. Auf der anderen Seite suchte die Werkleitung aber auch von Jahr zu Jahr höhere Profitraten aus ihren Arbeitern herauszu-schinden. Geplant wurde ebenfalls, wo es nicht am Plage war. Jede Ecke wurde ausgenutzt, in jedem Winkel wurde eine Holzbohle, eine Preße, ein Keßel eingebaut. Einfache Gase und Dünste schweberten die Luft bis zum Ubelwerden. Die Abgaschächte nahmen entweder derartige Gasgemische nicht genügend weg oder die Gasentwässerung war zu stark. Es war schon öfters vorgekommen, daß eine Schwefelwasserstoffexplosion den ganzen Oberbau eines Keßels mit hochriß. Davon wurden namentlich die Schwefelbetriebe betroffen.

Zweierlei Ehrgefühl.

Ehre — jenes vieldeutige Wort, auch einbezogen in das Netz der Relativität aller menschlichen Begriffe: leiblich brachte der Alltag zwei Fälle davon, wie Menschen sie verstehen.

Beispiel und Gegenbeispiel!
Das eine: ein Mann, in einem öffentlichen Dienste stehend, allerlei Unlauterkeiten begehend, endlich vielfacher Betrügerei überführt und entlassen. Aber diese Schmach sich seinen Lebens-nut nicht an und lähmt auch nicht seine gaunerhafte Eulenspiegelerei. Was tut er? Eines Tages, im Gasthaus, hört er einen Schuster ein Paar besonders schöne Schuhe feilbieten. Er bestiegt sie, sagt, er möchte sie wohl gerne, aber zuerst möchte er sie dabei anprobieren. Der Schuster willigt insoweit ein, daß er unserem Mann einen Schuh anvertraut, und dieser erklärt ihm noch, mit einem allein könne er ja so nichts machen. Sobald er des Passens gewiß sei, werde er das Geld bringen und damit den zweiten Schuh einlösen. Der Schuster ist's zufrieden.

Der Listige geht mit besagtem Schuh in ein Zigarrengeschäft. Dort kauft er allerlei Zigarren und Zigaretten, findet beim Zahlen, daß er zu wenig Geld bei sich hat — und läßt der Verkäuferin als Pfand den Schuh zurück; wieder mit dem Bemerkten, sie sei ganz sicher, denn er könne ja mit dem anderen Schuh daheim nichts machen, wenn er nicht den anderen dazu habe. Und er werde das Pfand gleich morgen einlösen — und die Rauchwaren bezahlen. Und auch die Frau läßt es sich gefallen.

Aber es vergehen zwei, drei Tage — kein Mann kommt um den Schuh. Und endlich, ist die Woche herum, und die Verkäuferin muß erkennen, daß ein raffinierter Betrüger sie genarrt hat.

Siehe da — es kommt die Schusterin aus der Nachbarhaft, kauft etwas für den Mann. Und in einem sich entspinnden Gespräch kommen die beiden Frauen darauf, sich gegenseitig die merkwürdige Geschichte von dem einen zum Pfand gegebenen Schuh zu erzählen, kommen darauf, daß diese beiden Geschäfte zusammenpassen, wie nun eben: wie Schuh zu Schuh. Und die Schusterin kann nichts anderes tun, um das Paar wieder „ganz“ zu haben, als bei der Verkäuferin die Tabakschulden des Betrüglers zu bezahlen. Dann geht sie mit dem ausgelösten Schuh heim; der Schaden ist doch gering, als wenn die Schuhzwillinge getrennt geblieben wären. Die Verkäuferin hat gar keinen Schaden und der listige Gaukler hat den Gratistabak und lacht sich ins Fäustchen.

Und nun das Gegenstück!
Ein Mann wird in den Streit seiner Frau mit eifriger „Freundinnen“ verwickelt; aus dem Trazsch werden Ehrenbeleidigungen, aus ihnen eine Gerichtsverhandlung, die für den Mann 50 Mark Strafe oder zwei Tage Arrest ergibt. Woher soll der arme Teufel bei diesen kläglichen Zeiten das Geld nehmen? Er ist außer sich. Wohlmeinende, kluge Menschen raten ihm: wende einmal einen Sonnabend und Sonntag zur Strafe an — und im übrigen — laß gut sein. Eine Ehrenbeleidigungsstrafe ist schließlich doch nicht etwas so entsetzlich Entehrendes! Aber der Mann kann sich nicht beruhigen, nicht trösten. Er geht hin — und erhängt sich ...

Ehrgefühl — sonderliches Empfinden! Der eine kennt es so wenig, daß keine Strafe ihn abzuhalten vermag, weiter Unrecht zu tun; der andere ist so empfindlich, daß ihn eine verhältnismäßig geringfügige so verlegt, daß es ihn aus dem Leben hinaus-schleudert. Beim einen zu wenig, beim anderen zu viel. Ach ja — das Leben ist etwas schauerlich Kompliziertes! S. F.



Ein Durchschnittshaltentrenner zu sich selbst.

Ich bin ein wackerer Streiter In Adolf Hitlers Heer, Drum wurd' ich Vorarbeiter Und werde bald noch mehr.
Freund Lehmann, der am laut'sten Juda vertreckt' schreibt, Der ist jetzt Angestellter, Ich bring es auch so weit.
Drum zieh ich skandalierend Durch Städte, Wald und Flur, Und komm durch Schrei'n wie Lehmann
Los von der Stempeluhr.
Ich bin auf unserm Werke Als Nazi-Mann immunn, Und hab mit Feierschichten Schon lang nichts mehr zu tun.
Der schwarze Obermeister, Der wünscht mir zwar Malheur, Ich werd' jedoch befristet Vom Obergeringenieur.
Sogar der Herr Direktor Ist echter Nazi-Held, Und der Fabrikbesitzer, Der schickt dem Hitler Geld.
Es fähren Arbeitsmenschen Die rote SPD, Wir haben sein're Leute, Prinz Anni ist Pg.
Den Nazi-Katechismus, Den wußt' ich auf den Mist. Ich schrie: „Lob dem Faschismus!“ Und würde Kommunist.
Die Freiherrn und Barone Sind unsern Hitler treu, Sie bilden die Elite Der Arbeiterpartei.
Mit selber fehlt ja leider Der richtige Überblick, Ich habe keinen Schimmer Von höh'rer Politik.
Es reden die Marxisten Von Ideologie. Was ist das, kann man's essen? Was woll'n, was meinen sie?
Was mir im Kopfe fehlt, Das hab ich in der Faust; Gab oft im Handgemenge Wie'n Herkules gehaust.
Ich liebte in der Jugend Schon Wirtschaftsschlagerei'n, Bin also vorgebildet Für'n Hakenkreuzverein.
Es geht mir immer besser, Seit ich zu Hitler feß. Es lebe hoch die braune Ausbeuterschutzarmee!
Doch böten mir die roten 'Ne beß're Stellung an, Ich wär' statt Klassenkämpfer Ein Klassenkämpfer dann.
Aristophanes.

(Fortsetzung folgt.)